



MARKT HÖCHBERG  
*stadtnah wohnen – naturnah leben!*

## **Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb**

auf der Grundlage der

## **Vergabe- und Vertragsordnung im Anwendungsbereich**

**der Richtlinie 2014/24/EU (VOB/A-EU)**

### **VERGABELEITFADEN**

über die Veräußerung eines Grundstücks mit Bauverpflichtung sowie über die Verpflichtung des Erwerbers zur Planung, Errichtung und zum anschließenden Betrieb einer Einrichtung zur Pflege und Unterbringung pflegebedürftiger Menschen auf dem ehemaligen Derag-Ladenzentrum im Ortsteil Hexenbruch, Höchberg

**Version 1.0 – Stand 17.06.2026 [Anlage 900]**

*Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Entsprechende Bezeichnungen und Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich geschlechtsunabhängig. Die verkürzte Sprachform hat lediglich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.*



## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Kurzanleitung.....	5
2.	Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags .....	6
3.	Terminplan.....	6
4.	Definitionen.....	7
5.	Basisdaten.....	11
5.1.	Zugang zu den Teilnahme-/Vergabeunterlagen und zu Antworten auf Bieterfragen (Kommunikation).....	12
5.2.	E-Mail Benachrichtigung sobald ein Unternehmen am Verfahren teilnimmt .....	12
6.	Verfahrensangaben .....	12
6.1.	Adressen / Auftraggeber .....	12
6.1.1.	Auftraggeber .....	12
6.1.2.	Beschaffungsdienstleisters .....	13
6.1.3.	Weitere Auskünfte .....	14
6.1.4.	Rechtsbehelfsverfahren /Nachprüfungsverfahren .....	14
6.2.	Auftragsgegenstand.....	15
6.2.1.	Klassifikation des Auftrags.....	15
6.2.2.	Umfang der Beschaffung .....	15
6.2.3.	Erfüllungsort(e) .....	18
6.2.4.	Zuschlagskriterien.....	19
6.2.5.	Wertung der (Zuschlags-)Kriterien .....	31
6.2.6.	Weitere Informationen .....	34
6.3.	Verfahren.....	35
6.3.1.	Verfahrensart.....	35
6.3.2.	Besondere Methoden und Instrumente im Vergabeverfahren .....	36
6.3.3.	Angaben zur Wiederkehr von Aufträgen .....	36
6.3.4.	Begrenzung der Bieter .....	37
6.3.5.	Strategische Auftragsvergabe.....	37
6.3.6.	Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen .....	37
6.3.7.	Auftragsunterlagen .....	38
6.3.8.	Sonstiges / Weitere Angaben.....	38



6.4.	Teilnahmeanträge.....	45
6.4.1.	Anforderungen an Teilnahmeanträge / Angebote.....	45
6.4.2.	Verwaltungsangaben .....	46
6.5.	Bedingungen .....	48
6.5.1.	Ausschlussgründe .....	48
6.5.2.	Teilnahmebedingungen .....	59
6.5.3.	Bedingungen für den Auftrag .....	70
6.6.	Lose.....	77
7.	Vergabeunterlagen .....	77
7.1.	Anschreiben.....	77
7.2.	Leistungsbeschreibungen .....	77
7.3.	Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente .....	77
7.4.	Vertragsbedingungen .....	77
7.5.	Sonstiges.....	77
8.	Kommunikation .....	77
8.1.	E-Vergabe – Weitere Informationen.....	77
8.2.	Sonstige Kommunikation .....	78
8.3.	Abgabe der Angebote .....	78
8.4.	Anlagen des Auftraggebers .....	80
8.5.	Gewerbliche Schutzrechte .....	80
8.6.	Wettbewerbsregister.....	80
8.7.	Statistische Abfragen.....	80
8.8.	Sicherstellung des Wettbewerbs.....	81
8.9.	Vertraulichkeit und Geheimhaltung .....	81
8.10.	Beschaffung weiterer Informationen .....	82
8.11.	Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen .....	83
8.12.	Fragen / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen .....	83
9.	Allgemeine Anforderungen an die Angebote.....	84
10.	Checkliste Teilnahmeantrag .....	84
11.	Checkliste Angebote.....	85
12.	Verhandlungen .....	85



# MARKT HÖCHBERG

*stadtnah wohnen – naturnah leben!*

12.1.	Verhandlungsvorschläge .....	86
12.2.	Angaben zu Leistungsanforderung „oder gleichwertig“ .....	87
12.3.	Verhandlungstermine.....	88
13.	Anlagen .....	91



## 1. Kurzanleitung

- (a) Bitte schauen Sie sich zunächst an
- die **Eignungskriterien und die Auswahlkriterien**  
(Kapitel 6.5.2.1. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900);
  - die **Zuschlagskriterien**  
(Kapitel 6.2.4. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900);
  - die besonderen Bedingungen für die Auftragsausführung, insbesondere die Mindestanforderungen an die Leistungserbringung (Kapitel 6.5.3. in diesem Vergabeleitfaden, Anlage 900);
  - das **Preisblatt** [Anlage 803];
  - den **Vertrag** im Entwurf [Anlage 907];
  - die **Leistungsbeschreibung** [Anlage 802];
- sowie
- das Vorgehen zu den **Verhandlungen**, mithin zu den Verhandlungsvorschlägen und zu den Verhandlungsterminen  
(Kapitel 12. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900).
- (b) Bitte stellen Sie möglichst rasch hierzu Fragen über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabeplattform **Deutsches Vergabeportal DTVP** („E-Vergabeplattform“), soweit Sie beispielsweise der Auffassung sind, dass die Anforderungen und / oder einzelne Klauseln in dem Vertrag im Entwurf wettbewerbs-einschränkend wirken oder unverhältnismäßig sein könnten.
- (c) Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der **Fragen (Bewerber- und Bieterfragen)** prüfen, ob und inwieweit er die Anforderungen reduziert, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen.
- (d) Die Bewerber sollten für die Einreichung der Teilnahmeanträge die „**Checkliste Teilnahmeanträge**“ [Anlage 105] verwenden, um rasch den Teilnahmeantrag zu erstellen
- (e) Die Bieter sollten für die Einreichung der Angebote die „**Checkliste Angebote**“ [Anlage 106] verwenden, um rasch das Angebot zu erstellen.



## 2. Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags

Auf der Grundlage dieser Vergabeunterlagen (auch als „Auftragsunterlagen“ bezeichnet) einschließlich aller Anlagen werden alle interessierten Wirtschaftsteilnehmer gemäß **§ 3b EU Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 VOB/A** zu der Abgabe eines **Teilnahmeantrags** aufgefordert.

## 3. Terminplan

<b>Voraussichtlicher Tag der Absendung der EU-Auftragsbekanntmachung</b>	Mittwoch, 17. Juni 2026
Bewerberfragen sollten möglichst gestellt werden bis zum	Freitag, 3. Juli 2026 (12:00 Uhr)
<b>Fristablauf zur Abgabe der Teilnahmeanträge; Schlusstermin</b> für den Eingang der Teilnahmeanträge ( <b>Teilnahmefrist</b> )	<b>Montag, 20. Juli 2026 (10:00 Uhr)</b>  <b>[Eingang über die E-Vergabeplattform]</b>
Aufforderung zur Abgabe der <b>indikativen Erstangebote</b>	Montag, 3. August 2026
Bieterfragen sollten möglichst gestellt werden (hinsichtlich der Erstellung der <b>indikativen Erstangebote</b> ) bis zum	Freitag, 11. September 2026 (12:00 Uhr)
Fristablauf zur Abgabe der <b>indikativen Erstangebote</b> ( <b>1. Angebotsfrist</b> )	<b>Montag, 28. September 2026 (10:00 Uhr)</b>  <b>[Eingang über die E-Vergabeplattform]</b>
Versendung der Einladung zum Verhandlungstermin	Donnerstag, 15. Oktober 2026
<b>Verhandlungstag(e) Verhandlungsrunde</b>	<b>Dienstag, 20. Oktober 2026 Mittwoch, 21. Oktober 2026 Dienstag, 27. Oktober 2026</b>



<b>HINWEIS: Die Bieter werden gebeten, die Verhandlungstermine im Rahmen der Terminplanung freizuhalten</b>	
Aufforderung zur Abgabe der <b>endgültigen Angebote</b>	Donnerstag, 29. Oktober 2026
Bieterfragen sollten möglichst gestellt werden (hinsichtlich der Erstellung der endgültigen Angebote) bis zum	Freitag, 13. November 2026 (12:00 Uhr)
Fristablauf zur Abgabe der endgültigen Angebote <b>(2. Angebotsfrist)</b>	<b>Dienstag, 24. November 2026</b> <b>(10:00 Uhr)</b> <b>[Eingang über die E-Vergabeplattform]</b>
(Voraussichtliche) Benachrichtigung gemäß § 134 GWB (Absageschreiben an unterlegene Bieter)	Montag, 7. Dezember 2026
<b>(Voraussichtlicher) Zuschlag</b> unter der Bedingung der notariellen Beurkundung	<b>Freitag, 18. Dezember 2026</b>
(Voraussichtlicher) Notartermin	1. Quartal 2027
Bindefrist für die indikativen Erstangebote	Freitag, 27. November 2026
Bindefrist für die endgültigen Angebote	Samstag, 23. Januar 2027

Die Fristen sind bindend, soweit und solange der Auftraggeber hiervon nicht abweicht. Somit behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den voraussichtlichen Terminplan anzupassen.

#### 4. Definitionen

- „**Vergabeunterlagen**“ (auch synonym als „Auftragsunterlagen“ bezeichnet) sind sämtliche Unterlagen, die vom öffentlichen Auftraggeber erstellt werden oder auf die er sich bezieht, um Bestandteile der Auftragsvergabe oder des Verfahrens zu beschreiben oder festzulegen, insbesondere dieser **Vergabeleitfaden** und sämtliche Anlagen; zu den Vergabeunterlagen zählen die (EU-) Auftragsbekanntmachung, etwaige EU-Änderungsbekanntmachung(en), die technischen Spezifikationen, die Beschreibung, die vorgeschlagenen Auftragsbe-



dingungen, Formate für die Einreichung von Unterlagen seitens der interessierten Wirtschaftsteilnehmer, Informationen über allgemeingültige Verpflichtungen sowie sonstige zusätzliche Unterlagen.

- Als „**öffentlicher Auftraggeber**“ (in diesem Vergabeverfahren auch als „**Auftraggeber**“ bezeichnet) wird der

## **Markt Höchberg**

bezeichnet.

- „**Öffentliche Dienstleistungsaufträge**“ sind öffentliche Aufträge über die Erbringung von Dienstleistungen, bei denen es sich nicht um öffentliche Bauaufträge handelt.
- „**Öffentliche Aufträge**“ sind zwischen einem oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern und einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern schriftlich geschlossene entgeltliche Verträge über die Ausführung von Bauleistungen, die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen.
- Als „**Wirtschaftsteilnehmer**“ wird eine natürliche oder juristische Person oder öffentliche Einrichtung oder eine Gruppe solcher Personen und/oder Einrichtungen bezeichnet, einschließlich jedes vorübergehenden Zusammenschlusses von Unternehmen, die beziehungsweise der auf dem Markt die Ausführung von Bauleistungen, die Errichtung von Bauwerken, die Lieferung von Waren beziehungsweise die Erbringung von Dienstleistungen anbietet. Anstatt des Begriffs „Wirtschaftsteilnehmer“ wird in diesem Vergabeverfahren synonym auch die Begrifflichkeit „**Unternehmen**“ verwendet.
- Die **an dem ausgeschriebenen** (losweisen) **Auftrag interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, gleich ob „Bewerber“, „Bewerbergemeinschaft“, „Bieter“ oder „Bietergemeinschaft“, werden in dem gegenständlichen Vergabeverfahren als „**interessierte Wirtschaftsteilnehmer**“ bezeichnet.
- Nehmen **mehrere interessierte Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam** in einem **Teilnahmewettbewerb** an dem Vergabeverfahren teil, werden diese teilweise auch als „**Bewerbergemeinschaft**“ konkretisiert. Teilweise wird die Bewerbergemeinschaft aus Gründen der Klarstellung auch als „Bewerber- / Bietergemeinschaft“ bezeichnet.





- Nehmen **mehrere interessierte Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam** in der **Angebotsphase** an dem Vergabeverfahren teil, werden diese teilweise auch als „**Bietergemeinschaft**“ konkretisiert.
- Die **interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, die in einem Teilnahmewettbewerb an dem Vergabeverfahren teilnehmen, gleich ob Einzelbewerber oder Bewerbergemeinschaft, werden teilweise auch als „**Bewerber**“ bezeichnet.
- Die **interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, die in der Angebotsphase teilnehmen, gleich ob Einzelbieter oder Bietergemeinschaft werden teilweise auch als „**Bieter**“ bezeichnet.
- Wird ein Bewerber mit Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgefordert, wird dieser ab diesem Zeitpunkt als „**Bieter**“ bezeichnet. Der Bewerber transformiert somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu einem Bieter.
- Wird eine Bewerbergemeinschaft mit Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgefordert, wird diese als „**Bietergemeinschaft**“ oder aus Vereinfachungsgründen „**Bieter**“ bezeichnet. Die Bewerbergemeinschaft geht somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe in eine Bietergemeinschaft über.
- Ein „**Unterauftragnehmer**“ (auch als „Nachunternehmer“ oder „Subunternehmer“ bezeichnet) ist ein Wirtschaftsteilnehmer, der vornehmlich aufgrund eines Unterauftrags (bspw. eines Werk- oder Dienstvertrages) im Auftrag des **Bieters / der Bietergemeinschaft** oder als Unterauftragnehmer eines Unterauftragnehmers des **Bieters / der Bietergemeinschaft** (sog. **Unter-Unterauftragnehmer**) oder auf weiteren Stufen in der Kette der Unterauftragsvergabe, die gesamte oder einen Teil der von **dem Bieter / der Bietergemeinschaft** gegenüber dem Auftraggeber geschuldeten Leistung erbringt. Unterauftragnehmer in diesem Sinne sind auch Konzerngesellschaften und verbundene Unternehmen des interessierten Wirtschaftsteilnehmers sowie auch freiberuflich tätige Personen, zum Beispiel Freelancer.
- In Bezug auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die Kriterien für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann ein **Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft** (sog. „**eignungsleihendes Un-**



ternehmen“) die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) im Wege der sog. „**Eignungsleihe**“ in Anspruch nehmen.

- Als „**Dritte**“ werden in diesem Vergabeverfahren sowohl „**reine Unterauftragnehmer**“ bezeichnet als auch solche Unternehmen, deren Kapazitäten ein **Bewerber / eine Bergewergemeinschaft** für die Eignungsleihe in Anspruch nimmt (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) sowie Unternehmen, bei denen beide Voraussetzungen (eignungsverleihendes Unternehmen als Unterauftragnehmer) gleichzeitig gegeben sind (sog. „**eignungsverleihende Unterauftragnehmer**“).
- Der Bieter / die Bietergemeinschaft, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt wird, wird als „**Zuschlagsempfänger**“ oder „**Auftragnehmer**“ bezeichnet.
- **Angebote** in einem Verhandlungsverfahren dient als Oberbegriff; darunter zu verstehen sind (indikative) Erstangebote, etwaige weitere Angebote (Folgeangebote) und auch endgültige Angebote.
- **Erstangebote** sind die ersten Angebote, die ein Bieter / eine Bietergemeinschaft im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens abgibt.
- **Weitere Angebote** sind Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens, die ein Bieter / eine Bietergemeinschaft nur dann einreichen darf, falls der Auftraggeber zur Abgabe weiterer Angebote auffordert. In einem solchen Fall findet eine weitere Verhandlungsrunde statt.
- **Indikative Angebote** sind Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens und dürfen von den Vergabeunterlagen abweichen, indem sie die Vergabeunterlagen ändern. Indikative Angebote sind zulässig, wenn sie die (nicht verhandelbaren) Mindestanforderungen an die Leistungserbringung erfüllen. Indikative Angebote dürfen ausschließlich Erstangebote (sog. **indikative Erstangebote**) und etwaige weitere Angebote (sog. **indikative weitere Angebote**) sein. Endgültige Angebote hingegen dürfen nicht von den Vergabeunterlagen abweichen. Indikative endgültige Angebote sind daher nicht zugelassen.
- (Verbindliche) **Endgültige Angebote** sind finale Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens, über die nicht mehr verhandelt werden darf. Weicht



ein endgültiges Angebot von den Vergabeunterlagen ab, indem es die Vergabeunterlagen ändert, führt dies zum Ausschluss des endgültigen Angebots.

- Ein „**Totalunternehmer**“ ist ein Unternehmen, das bei der Errichtung eines Bauwerkes selbst und / oder durch seine Unterauftragnehmer neben der Bauausführung auch Planungsleistungen erbringt. Der Umfang der Planungsleistungen umfasst mindestens die Ausführungsplanung (Werkplanung), bei Bedarf auch die Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Der Totalunternehmer übernimmt im Gegensatz zu einem Generalunternehmer auch Planungsaufgaben, die ansonsten direkt von dem Bauherrn beauftragten Planern (Ingenieure und Architekten) erledigt werden. Der Totalunternehmer trägt die Gesamtverantwortung für die Planung und Ausführung des Baus.
- Ein „**Totalprojektträger**“ ist ein Unternehmen oder eine Unternehmensgruppe, das beziehungsweise die die Gesamtverantwortung für Planung, Bau und Betrieb des Projekts übernimmt. Der Totalprojektträger erwirbt das Grundstück, entwickelt das Projekt auf Grundlage seines Gesamtkonzepts (Ausführungskonzept sowie Pflege- und Betriebskonzept), erbringt oder beauftragt die erforderlichen Planungs- und Bauleistungen und stellt den anschließenden Betrieb der Einrichtung selbst oder durch einen geeigneten Betreiber sicher.
- Ein „**Pflegeplatz**“ bezeichnet eine festgelegte und bewilligte Versorgungseinheit für pflegebedürftige Personen in einer voll- oder teilstationären Einrichtung.

## 5. Basisdaten

Identifikationsnummer	<b>DE229411518</b>
Projekt	<b>EU-weite Ausschreibung (eForms-GDK- 2.1.0)</b>
Art der Ausschreibung	Dienstleistung und <b>Bauleistung</b>
Verfahrensart	<b>VOB/A-EU – Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb</b>
Ausgewählter Formularsatz	<b>VHB VOB BUND</b> [für dieses Vergabeverfahren nicht relevant]
Vergabenummer	<b>MKH777.0001</b>
Kurzbezeichnung	<b>Veräußerung eines Grundstücks mit Bauverpflichtung</b>



	<b>sowie über die Verpflichtung des Erwerbers zur Planung, Errichtung und zum anschließenden Betrieb einer Einrichtung zur Pflege und Unterbringung pflegebedürftiger Menschen auf dem ehemaligen Derag-Ladenzentrum im Ortsteil Hexenbruch, Höchberg</b>
--	---

**5.1. Zugang zu den Teilnahme-/Vergabeunterlagen und zu Antworten auf Bieterfragen (Kommunikation)**

☒ Anonymer Zugang (Keine Registrierung erforderlich)

**5.2. E-Mail Benachrichtigung sobald ein Unternehmen am Verfahren teilnimmt**

☐ (falls hier angekreuzt, erfolgt eine Information an den Auftraggeber)

Sprache, in der die Bekanntmachung erfasst und an das Amt für Veröffentlichungen der EU übermittelt wird:

**DE (Deutsch)**

**6. Verfahrensangaben**

**6.1. Adressen / Auftraggeber**

**6.1.1. Auftraggeber**

☒ **Adresse des Auftraggebers**

Offizielle Bezeichnung	<b>Markt Höchberg</b>
Nationale Identifikationsnummer (Leitweg-ID z.B.: 991-1234512345-06)	<b>Leitweg-ID: 09679147 972043307 82</b>
Hauptadresse (URL)	<a href="https://www.hoechberg.de">https://www.hoechberg.de</a>



Adresse des Beschafferprofils (URL)	
Postanschrift	<b>Hauptstraße 58</b>
Postleitzahl	<b>97204</b>
Ort	<b>Höchberg</b>
Land	<b>Deutschland</b>
NUTS Code	<b>DE26C</b>
Kontaktstelle	<b>Markt Höchberg</b>
E-Mail	<b>vergabe@hoechberg.de</b>
Telefon	<b>+49 931 497070</b>
Fax	<b>+49 931 49707-98</b>



## **Angaben zum Auftraggeber**

### **Art des Auftraggebers:**



Kommunalbehörden

### **Haupttätigkeit des öffentlichen Auftraggebers:**



Allgemeine öffentliche Verwaltung



## **Gemeinsame Beschaffung**

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)



Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben



Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle erworben



Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung

### **6.1.2. Beschaffungsdienstleisters**

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)



kein Beschaffungsdienstleister



folgende Stelle



### 6.1.3. Weitere Auskünfte

- ☒ oben genannte Stelle (ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabeplattform)

### 6.1.4. Rechtsbehelfsverfahren /Nachprüfungsverfahren

- ☒ **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

- ☒ In Deutschland existiert keine Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

- ☒ **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung	<b>Vergabekammer Nordbayern, Regierung von Mittelfranken</b>
Nationale Identifikationsnummer	<b>DE811335517</b>
Postanschrift	<b>Promenade 27</b>
Postleitzahl	<b>91522</b>
Ort	<b>Ansbach</b>
Land	<b>Deutschland</b>
NUTS-Code	<b>DE251</b>
Kontaktstelle	
Telefon	<b>+49 981 / 53 – 1277</b>
Fax	<b>+49 981 / 53 – 1837</b>
E-Mail	<a href="mailto:vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de">vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de</a>
Hauptadresse (URL)	<a href="https://www.regierung.mittelfranken.bayern.de">https://www.regierung.mittelfranken.bayern.de</a>



**Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)



Keine Stelle für Schlichtungsverfahren (ab Erreichen des EU-Schwellenwerts)



folgende Stelle (unterhalb des EU-Schwellenwertes)

**6.2. Auftragsgegenstand**

**6.2.1. Klassifikation des Auftrags**

Art des Auftrags	Dienstleistungen und <b>Bauleistungen</b>
Haupt-CPV-Code	<b>45000000-7</b> Bauarbeiten
Weitere CPV-Codes	<b>71320000-7</b> Planungsleistungen im Bauwesen <b>85310000-5</b> Dienstleistungen des Sozialwesens

**6.2.2. Umfang der Beschaffung**



**Kurze Beschreibung**

Veräußerung eines Grundstücks mit Bauverpflichtung sowie über die Verpflichtung des Erwerbers zur Planung, Errichtung und zum anschließenden Betrieb einer Einrichtung zur Pflege und Unterbringung pflegebedürftiger Menschen auf dem ehemaligen Derag-Ladenzentrum im Ortsteil Hexenbruch, Höchberg.



**Beschreibung der Beschaffung (Art und Umfang der Dienstleistung bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)**

Der Markt Höchberg beabsichtigt, auf den Grundstücken Fl.-Nrn. 677/50 und 677/28 (Teilfläche), Albert-Schweitzer-Straße 51, 97204 Höchberg, Ortsteil Hexenbruch auf dem ehemaligen Derag-Ladenzentrum ein Projekt für die Pflege und Un-



terbringung pflegebedürftiger Menschen zu errichten. Der Markt Höchberg beabsichtigt hierzu die betreffenden Grundstücke mit einer von Gesamtfäche ca. 5.200 m<sup>2</sup> an den Auftragnehmer zu veräußern und sämtliche erforderlicher Leistungen für die Projektrealisierung zu vergeben.

Die betreffenden Grundstücke samt Umgriffsfläche befinden sich im Herzen des Ortsteils Hexenbruch des Markt Höchberg und verfügen damit über eine zentrale, gut erschlossene und fußläufig erreichbare Lage innerhalb der Marktgemeinde Höchberg. Die infrastrukturelle Einbindung in das bestehende Quartier prädestiniert das Areal für die geplante soziale und wohnungswirtschaftliche Nutzung.

In der derzeitigen Bestandsbebauung befinden sich noch Mietparteien. Die letzten bestehenden Mietverträge laufen zum 30. April 2028 aus. Ein Baubeginn ist daher frühestens ab dem 1. Mai 2028 möglich. Bieter haben dies bei der Planung ihres Gesamtkonzepts (städtebauliche Ausführungskonzept sowie Pflege- und Betriebskonzept) und der Angebotsgestaltung zwingend zu berücksichtigen.

Neben dem Erwerb der oben genannten Grundstücke übernimmt der Auftragnehmer als Totalprojektträger die verbindliche Verpflichtung, auf dem erworbenen Areal innerhalb der vertraglich festzulegenden Fristen das von ihm angebotene Gesamtkonzepts (städtebauliche Ausführungskonzept sowie Pflege- und Betriebskonzept) umzusetzen.

Der Auftragnehmer hat hierfür sämtliche zur Projektrealisierung erforderlichen Leistungen zu verantworten. Dies umfasst insbesondere die weitere Planung, die Herbeiführung der erforderlichen Genehmigungen, die bauliche Umsetzung sowie die Sicherstellung des späteren Betriebs der Pflegeeinrichtung. Je nach angebotenen Gesamtkonzepts (städtebauliche Ausführungskonzept sowie Pflege- und Betriebskonzept), kann die Realisierung insbesondere den Abbruch der vorhandenen Bebauung und den Neubau eines Quartiers oder alternativ die Sanierung, Umnutzung und Weiterentwicklung des Bestandsgebäudes einschließlich der zugehörigen Umgriffsflächen umfassen.

Der Auftragnehmer hat zudem einen geeigneten Betreiber für die Pflegeeinrichtung zu benennen und dessen Einbindung vertraglich sicherzustellen. Der Betreiber hat nach Inbetriebnahme das von dem Auftragnehmer angebotene und bezuschlagte Gesamtkonzept (städtebauliche Ausführungskonzept sowie Pflege- und Betriebs-





konzept) umzusetzen. Die Verantwortung des Auftragnehmers für die ordnungsgemäße Realisierung des Gesamtprojekts einschließlich der Sicherstellung des Betriebs bleibt hiervon unberührt.

Im Mittelpunkt der Quartiersentwicklung steht die Errichtung und der Betrieb einer Einrichtung zur Pflege und Unterbringung pflegebedürftiger Menschen. Das angebotene Gesamtkonzept (städtebauliche Ausführungskonzept sowie Pflege- und Betriebskonzept) muss zwingend Plätze für vollstationäre Pflege und/oder Pflegeplätze in ambulant betreuten Wohngruppen enthalten. Die Umsetzung von pflegenahen und/oder betreuten Wohnen sollte in Ergänzung mit angeboten werden.

Zur Stärkung des Quartiersgedankens können darüber hinaus Wohnangebote für folgende Zielgruppen vorgesehen werden: Mitarbeitende der auf dem Areal angesiedelten Pflegeeinrichtung; weitere Wohnungsnachfragende auf dem freien Wohnungsmarkt.

Für weitergehende Ausführungen wird auf die nachfolgenden Unterlagen verwiesen:

- **Leistungsbeschreibung [Anlage 802]**
- **Vertrag [Anlage 907]**
- **Projektunterlagen [Anlage 910]**

- ☒ **Laufzeit des Vertrages, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

- ☒ **Beginn/Ende der Planungs- und Bauleistungen**

Beginn	Vertragsbeginn durch notarielle Beurkundung
Ende	Siehe den Entwurf des Kaufvertrags

- ☒ **Laufzeit in Jahren der Pflege- und Betriebsleistungen**

25



☐ Laufzeit in Monaten

☐ Laufzeit in Tagen

☐ Laufzeit in Wochen

☐ Unbegrenzt

### Mögliche Vertragsverlängerungen:

☐ Dieser Auftrag kann verlängert werden

### Beschreibung der Verlängerungen:

### Maximale Verlängerungen:

### 6.2.3. Erfüllungsort(e)



### Erfüllungsort(e)

Beschränkungen	/
Postanschrift	<b>Albert-Schweitzer-Straße 51</b>
Postleitzahl	<b>97204</b>
Ort	<b>Höchberg</b>
Land	<b>Deutschland</b>
NUTS Code ( <a href="#">Suchmaschine für NUTS-Codes - nutscode.de</a> )	<b>DE26C</b>



Ergänzende / Abweichende Angaben zum Erfüllungsort	
--	--



#### Weitere Erfüllungsorte

Keine
-------

#### 6.2.4. Zuschlagskriterien

##### Bewertung:



Bewertung erfolgt über prozentual gewichtete Kriterien

##### Art des (Zuschlags-)Kriteriums:



Qualität(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	Auftragsbezogenes Pflege- und Betriebskonzept
Beschreibung des Kriteriums	<p>Bewertet wird ein von dem Bieter einzureichendes <b>auftragsbezogenes Pflege- und Betriebskonzept</b>. In diesem Pflege- und Betriebskonzept hat der Bieter darzustellen, welches Pflegeangebot der Bieter im Falle der Zuschlagserteilung an ihn realisieren wird, um die von dem Auftraggeber angestrebte Pflege pflegebedürftiger Personen auf dem vom Auftraggeber zu veräußernden Grundstück bestmöglich sicherzustellen.</p> <p>Der Bieter hat in dem Pflege- und Betriebskonzept folgende Inhalte darzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Geplantes Pflegeangebot unter Angabe der Anzahl und Kategorien der angebotenen Pflegeplätze (Die wertungsrelevanten Kategorien von Pflegeplätzen sind: vollstationäre Dauerpflegeplätze,</li> </ul>



	<p>Pflegeplätze in ambulant betreuten Wohngemeinschaften, Pflegenahes Wohnen und betreutes Wohnen. Die Kategorien werden im Folgenden näher definiert.)</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Betriebsphilosophie und Qualitätssicherungskonzept</li><li>• Personalkonzept und Qualifikationsanforderungen</li><li>• Benennung und Vorstellung des vorgesehenen Betreibers (Referenzen, Erfahrungen, Zulassungen)</li><li>• Einbindung in das regionale Pflegeversorgungsnetz</li></ul> <p>Der Bieter erhält für das Pflegeangebot gemessen an der Anzahl und Kategorien der im Rahmen des Pflege- und Betriebskonzepts bereitgestellten Pflegeplätze folgende Bewertungspunkte:</p> <p>a) <b>Vollstationäre Dauerpflegeplätze</b> in stationärer Einrichtung im Sinne des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (PfleWoqG) [<b>Anlage 911</b>]. Umfasst sind die dauerhafte Unterbringung, Verpflegung und umfassende pflegerische Versorgung in einer Pflegeeinrichtung. Die Bewohner leben vollständig in der Institution. Die Finanzierung der reinen Pflegeleistungen erfolgt durch die Pflegekasse, die Kosten für Unterkunft und Verpflegung trägt der Bewohner.</p>
--	--



Der Bieter mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält 70 Bewertungspunkte.

Ein fiktives Angebot mit 0 solcher Pflegeplätze erhält 0 Bewertungspunkte.

Dazwischen werden die Bewertungspunkte mittels Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Rechenbeispiel:

Der Bieter, mit der höchsten Anzahl an solchen angebotenen Pflegeplätzen in diesem Unterkriterium hat 40 solcher Pflegeplätze angeboten.

Dieses Angebot mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält in diesem Unterkriterium 70 Bewertungspunkte.

Ein Bieter, der 20 solcher Pflegeplätze anbietet, erhält 35 Bewertungspunkte.

Ein Bieter der 10 solcher Pflegeplätze anbietet, erhält 17,5 Bewertungspunkte.

Ein Bieter, der 5 solcher Pflegeplätze anbietet, erhält 8,75 Bewertungspunkte.

**b) Pflegeplätze in ambulant betreuten Wohngemeinschaften** im Sinne des PflWoqG als private Wohnform, in der mehrere pflegebedürftige Personen in einer Wohnung leben und einen gemeinsamen Pflegedienst beauftragen.



	<p>Es besteht eine strikte rechtliche Trennung von Miet- und Pflegevertrag; die Versorgung gilt als ambulant.</p> <p>Der Bieter mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält 15 Bewertungspunkte.</p> <p>Ein fiktives Angebot mit 0 solcher Pflegeplätze erhält 0 Bewertungspunkte.</p> <p>Dazwischen werden die Bewertungspunkte mittels Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.</p> <p>Rechenbeispiel:</p> <p>Der Bieter, mit der höchsten Anzahl an solchen angebotenen Pflegeplätzen in diesem Unterkriterium hat 24 solcher Pflegeplätze angeboten.</p> <p>Dieses Angebot mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält in diesem Unterkriterium 15 Bewertungspunkte.</p> <p>Ein Bieter, der 12 solcher Pflegeplätze anbietet, erhält 7,5 Bewertungspunkte.</p> <p>Ein Bieter der 6 solcher Pflegeplätze anbietet, erhält 3,75 Bewertungspunkte.</p> <p><b>c) Pflegenahes Wohnen</b> – Barrierearme Wohnungen in unmittelbarer räumlicher Nähe zu einer stationären Pflegeeinrichtung. Bewohner leben eigenständig, können aber bei Bedarf flexibel Dienstleistungen (z. B. Mittagstisch, Notruf)</p>
--	---



	<p>des benachbarten Heims in Anspruch nehmen.</p> <p>Der Bieter mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält 10 Bewertungspunkte.</p> <p>Ein fiktives Angebot mit 0 solcher Pflegeplätze erhält 0 Bewertungspunkte.</p> <p>Dazwischen werden die Bewertungspunkte mittels Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.</p> <p>Rechenbeispiel:</p> <p>Der Bieter, mit der höchsten Anzahl an solchen angebotenen Pflegeplätzen in diesem Unterkriterium hat 12 solcher Pflegeplätze angeboten.</p> <p>Dieses Angebot mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält in diesem Unterkriterium 10 Bewertungspunkte.</p> <p>Ein Bieter, der 6 solcher Pflegeplätze anbietet, erhält 5 Bewertungspunkte.</p> <p><b>d) Betreutes Wohnen</b> als Wohnform, bei der das Mieten oder Kaufen einer barrierearmen Wohnung mit einem Betreuungsvertrag gekoppelt ist. Dieser sichert Grundleistungen wie Notruf und Ansprechpartner. Pflege- und Wahlleistungen sind separat buchbar.</p>
--	--



	<p>Der Bieter mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält 5 Bewertungspunkte.</p> <p>Ein fiktives Angebot mit 0 solcher Pflegeplätze erhält 0 Bewertungspunkte.</p> <p>Dazwischen werden die Bewertungspunkte mittels Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.</p> <p>Rechenbeispiel:</p> <p>Der Bieter, mit der höchsten Anzahl an solchen angebotenen Pflegeplätzen in diesem Unterkriterium hat 10 solcher Pflegeplätze angeboten.</p> <p>Dieses Angebot mit der höchsten Anzahl an solchen Pflegeplätzen erhält in diesem Unterkriterium 5 Bewertungspunkte.</p> <p>Ein Bieter, der 5 solcher Pflegeplätze anbietet, erhält 2,5 Bewertungspunkte.</p> <p>Die je Kategorie für die Anzahl der im Rahmen des Pflege- und Betriebskonzepts bereitgestellten Pflegeplätze erzielten Bewertungspunkte werden addiert. Der Bieter kann somit maximal 100,00 Bewertungspunkte (<math>70 + 15 + 10 + 5</math>) für das auftragsbezogenes Pflege- und Betriebskonzept erzielen.</p> <p><b>Hinweis:</b> Die Wertung des Pflege- und Betriebskonzepts erfolgt nur für Angebote, die die Mindestanforderungen der Leistungsbeschreibung erfüllen.</p>
--	--





	<p>Das angebotene Pflege- und Betriebskonzept muss zwingend Pflegeplätze der Kategorie</p> <p>a) vollstationäre Dauerpflegeplätze und/oder</p> <p>b) Pflegeplätze in ambulant betreuten Wohngemeinschaften enthalten.</p> <p>Diese Vorgabe ist eine nicht verhandelbare Mindestanforderung an die Leistungserbringung. Eine Abweichung hiervon führt zum Ausschluss des Erstangebots bzw. des endgültigen Angebots.</p> <p>Die Kategorien c) pflegenahes Wohnen und/oder d) betreutes Wohnen können ergänzend angeboten werden. Sie reichen jedoch allein nicht aus, um die Mindestanforderung an das Pflege- und Betriebskonzept zu erfüllen.</p> <p>Der Bieter hat ein Pflege- und Betriebskonzept einzureichen mit folgendem Umfang: Die textliche Darstellung darf je Kategorie der Pflegeplätze maximal vier (4) DIN-A-4-Seiten umfassen.</p> <p>Angaben ab Seite fünf (5) je Kategorie der Pflegeplätze bleiben bei der Bewertung unberücksichtigt und haben keinen Einfluss auf die Angebotswertung. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, nach Zuschlagserteilung bestimmte Inhalte von überschüssigen Seiten (Seite 5 ff.) zur optionalen Umsetzung im Vertrag zu übernehmen, ohne dass hierdurch ein Anspruch auf Mehrvergütung entsteht.</p>
--	---



	<p>Der Bieter hat das Pflege- und Betriebskonzept als Teil des Angebots ausschließlich in elektronischer Form auf der E-Vergabeplattform einzureichen.</p> <p>Sollte das Pflege- und Betriebskonzept <b>fehlen</b>, führt dies <b>zwingend zum Ausschluss des Angebots</b>. Eine Nachforderung wird insoweit nicht erfolgen.</p> <p>Im Falle der Auftragserteilung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Leistungen entsprechend seinem Pflege- und Betriebskonzept zu erbringen, soweit der Auftraggeber nicht ein davon abweichendes Vorgehen gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht. Die in dem Pflege- und Betriebskonzept enthaltenen Angaben gelten als vereinbarte Beschaffenheit.</p> <p><b>HINWEIS:</b> Die erreichten Bewertungspunkte (maximal 100,00 Bewertungspunkte) werden multipliziert mit dem Gewichtungsfaktor <b>3</b>. Maximal können für das Zuschlagskriterium „Pflege- und Betriebskonzept“ <b>300,00 qualitative Leistungspunkte</b> erzielt werden.</p>
<p>Art der Gewichtung (durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)</p>	<p><input type="checkbox"/> Fester Wert (insgesamt)</p> <p><input type="checkbox"/> Fester Wert (pro Einheit)</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <b>Gewichtung</b></p> <p><input type="checkbox"/> Höchstanzahl erfolgreicher Angebote</p> <p><input type="checkbox"/> Mindestpunktzahl</p>
<p>Gewichtung (bspw. in Prozent)</p>	<p><b>30 %</b></p>



☒ Qualität(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	Auftragsbezogenes städtebauliches Ausführungskonzept
Beschreibung des Kriteriums	<p>Bewertet wird ein von dem Bieter einzureichendes <b>auftragsbezogenes städtebauliches Ausführungskonzept</b>.</p> <p>In diesem städtebaulichen Ausführungskonzept hat der Bieter die Qualität der architektonischen und freiräumlichen Planung darzustellen, die er im Falle der Zuschlagserteilung an ihn realisieren wird.</p> <p>In dem städtebaulichen Ausführungskonzept hat der Bieter anhand konkreter zukünftiger Maßnahmen darzustellen, wie er im Falle der Zuschlagserteilung an ihn, konkret die Leistungen ausführen wird, um die nachfolgenden Ziele bestmöglich zu erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Nutzung des Grundstücks und des Gebäudes primär für die ältere Bevölkerung.</b> Wohnen, Betreuung und gemeinschaftliches Leben stehen im Fokus (Soziales Konzept)</li></ul> <p>(<b>Unterkriterium 1:</b> <b>0 bis 5 Bewertungspunkte</b>).</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Städtebauliche Qualität</b>, insbesondere Einfügen in das städtebauliche Umfeld, Qualität der Erschließung, städtebauliche Gestaltung der Begegnungsflächen (Plätze, Gehwege, öffentliche Aufenthaltsräume und Erschließungsflächen)</li></ul> <p>(<b>Unterkriterium 2:</b> <b>0 bis 5 Bewertungspunkte</b>).</p>



	<p>Der Bieter hat ein städtebauliches Ausführungskonzept einzureichen mit folgendem Umfang: Die textliche Darstellung darf zu jedem Unterkriterium jeweils maximal <b>vier (4) DIN-A-4-Seiten</b> umfassen. Der Bieter hat die Unterkriterien in chronologischer Reihenfolge abzuarbeiten (Unterkriterium 1; dann Unterkriterium 2). Der Bieter darf in seinem Ausführungskonzept auf Skizzen, Bilder und Renderings verweisen. Diese zählen nicht zum Umfang der textlichen <b>vier (4) DIN-A-4-Seiten</b>.</p> <p>Angaben ab Seite fünf (5) je Unterkriterium bleiben bei der Bewertung unberücksichtigt und haben keinen Einfluss auf die Angebotswertung. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, nach Zuschlagserteilung bestimmte Inhalte von überschüssigen Seiten (Seite 5 ff.) zur optionalen Umsetzung im Vertrag zu übernehmen, ohne dass hierdurch ein Anspruch auf Mehrvergütung entsteht.</p> <p>Der Bieter hat das städtebauliche Ausführungskonzept als Teil des Angebots ausschließlich in elektronischer Form auf der E-Vergabeplattform einzureichen.</p> <p>Sollte das städtebauliche Ausführungskonzept fehlen, führt dies <b>zwingend</b> zum <b>Ausschluss des Angebots</b>. Eine <b>Nachforderung wird insoweit nicht erfolgen</b>.</p> <p>Im Falle der Auftragserteilung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Leistungen entsprechend seinem städtebaulichen Ausführungskonzept zu erbringen, soweit der Auftraggeber</p>
--	---



	<p>nicht ein davon abweichendes Vorgehen gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht. Die in dem städtebaulichen Ausführungskonzept enthaltenen Angaben gelten als <b>vereinbarte Beschaffenheit</b>.</p> <p>Die erzielten Bewertungspunkte für das Unterkriterium 1 und für das Unterkriterium 2 werden addiert. Je Unterkriterium können maximal 5,00 Bewertungspunkte erzielt werden. Es können somit maximal 10 Bewertungspunkte für das auftragsbezogene städtebauliche Ausführungskonzept erzielt werden.</p> <p><b>HINWEIS:</b> Die erreichten Bewertungspunkte (maximal 10,00 Bewertungspunkte) werden multipliziert mit dem <b>Gewichtungsfaktor 20</b>. Maximal können für das „auftragsbezogenes städtebauliches Ausführungskonzept“ <b>200,00 qualitative Leistungspunkte</b> erzielt werden.</p>
<p>Art der Gewichtung (durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)</p>	<p><input type="checkbox"/> Fester Wert (insgesamt)</p> <p><input type="checkbox"/> Fester Wert (pro Einheit)</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <b>Gewichtung</b></p> <p><input type="checkbox"/> Höchstanzahl erfolgreicher Angebote</p> <p><input type="checkbox"/> Mindestpunktzahl</p>



Gewichtung (bspw. in Prozent)	20 %
-------------------------------	------

☒ Preis(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	<b>Kaufpreis EUR</b>
Beschreibung des Kriteriums	<p><b>Kaufpreis EUR gemäß Anlage 803 „Preisblatt“</b></p> <p>Das Angebot mit dem höchsten angebotenen Kaufpreis erhält 500,00 preisliche Leistungspunkte. Angebote, die lediglich den vorgegebenen Mindestkaufpreis in Höhe von EUR 2.200.000,00 erreichen, erhalten 0,00 preisliche Leistungspunkte. Angebote mit einem Kaufpreis zwischen dem Mindestkaufpreis und dem höchsten angebotenen Kaufpreis werden linear interpoliert, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.</p> <p>Die Bewertung erfolgt nach folgender Formel:</p> $\text{Punkte} = ((\text{Angebotspreis minus Mindestkaufpreis}) / (\text{höchster angebotener Kaufpreis minus Mindestkaufpreis})) \times 500$ <p>Maximal können <b>500,00 preisliche Leistungspunkte</b> erzielt werden. Angebote unterhalb des Mindestkaufpreises werden ausgeschlossen.</p> <p>Vorgegebener Mindestkaufpreis: 2.200.000,- EUR</p>
Art der Gewichtung (durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)	<p><input type="checkbox"/> Fester Wert (insgesamt)</p> <p><input type="checkbox"/> Fester Wert (pro Einheit)</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <b>Gewichtung</b></p>



	<input type="checkbox"/> Höchstanzahl erfolgreicher Angebote  <input type="checkbox"/> Mindestpunktzahl
Gewichtung (bspw. in Prozent)	50 %

#### 6.2.5. Wertung der (Zuschlags-)Kriterien



##### Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot, das im Vergleich zu den anderen Angeboten die höchste Anzahl an Leistungspunkten erreicht.

Insgesamt sind maximal 1.000,00 Leistungspunkte zu erreichen (500,00 qualitative Leistungspunkte für die qualitativen Zuschlagskriterien und 500,00 preisliche Leistungspunkte).

Die Bewertung erfolgt in folgenden Schritten:

1. Ermittlung der Summe der qualitativen Leistungspunkte (**L**) des Angebots;
2. Ermittlung der preislichen Leistungspunkte (**P**) des Angebots;
3. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots anhand der **Addition** der Summe der qualitativen Leistungspunkte (**L**) und der preislichen Leistungspunkte (**P**).

Die Summe der Addition ergibt die Anzahl an Leistungspunkten, die der Bieter mit seinem Angebot insgesamt erreicht hat.

Hinweis: Sollten zwei (oder mehr) Angebote die gleiche Anzahl an Leistungspunkten erzielen und auf den vordersten Rängen liegen, gilt von diesen Angeboten dasjenige Angebot mit der höheren Anzahl an preislichen Leistungszahl (**P**) als das wirtschaftlichste Angebot. Ist auch diese identisch, entscheidet das auftragsbezogene Pflege- und Betriebskonzept. Ist auch diese identisch, entscheidet das Los unter indirekter notarieller Beteiligung.



## Ermittlung der Summe der qualitativen Leistungspunkte (L)

Ermittlung der Summe der qualitativen **Leistungspunkte (L)** (maximal **500,00 qualitative Leistungspunkte**) des Angebots:

Die **Summe** der erreichten **Bewertungspunkte** aus dem **qualitativen Zuschlagskriterium „Auftragsbezogenes Pflege- und Betriebskonzept“**, multipliziert mit dem in diesem Zuschlagskriterium angegebenen Gewichtungsfaktor, (insgesamt maximal 300,00 qualitative Leistungspunkte) wird mit der Summe der erreichten **Bewertungspunkte** aus dem **qualitativen Zuschlagskriterium „Auftragsbezogenes städtebauliches Ausführungskonzept“**, multipliziert mit dem in diesem Zuschlagskriterium angegebenen Gewichtungsfaktor, (insgesamt maximal 200,00 qualitative Leistungspunkte) addiert.

Der **Wert (L)** ist die **Summe der qualitativen Leistungspunkte** aus den qualitativen Zuschlagskriterien.

Die Bewertungspunkte des qualitativen Zuschlagskriteriums **„Auftragsbezogenes städtebauliches Ausführungskonzept“** werden nach den nachfolgenden Bewertungsmethode vergeben.

Eine Bewertung erfolgt bei all denjenigen Unterkriterien, bei denen die Angabe steht: „0 bis 5 Bewertungspunkte“. Es werden Bewertungspunkte von 0 bis 5 vergeben, wobei 5 Bewertungspunkte die bestmögliche Bewertung darstellt.

Die Punkteverteilung erfolgt in diesen Fällen im Rahmen einer vergleichenden Bewertung der Inhalte der verschiedenen Angebote untereinander jeweils wie folgt:

5 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Unterkriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten zu demselben jeweiligen Kriterium eine **sehr gute** Leistung erwarten.

4 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Unterkriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **gute** Leistung erwarten.





### 3 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Unterkriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **befriedigende** Leistung erwarten.

### 2 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Unterkriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **ausreichende** Leistung erwarten.

### 1 Bewertungspunkt:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Unterkriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **mangelhafte** Leistung erwarten.

### 0 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Unterkriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **ungenügende** Leistung erwarten.

Sollten bei einem Unterkriterium des Zuschlagskriteriums „Auftragsbezogenes städtebauliches Ausführungskonzept“ Unter-Unterkriterien enthalten sein, erfolgt eine Wertung aller Unter-Unterkriterien bei dem jeweiligen Unterkriterium insoweit in der Gesamtschau.



### Ermittlung der preislichen Leistungspunkte (P)

Der **wertungsrelevante Preis** ist der **angebotene Kaufpreis EUR** gemäß **Anlage 803 „Preisblatt“**. Maximal kann ein Bieter **500,00** preisliche Leistungspunkte erzielen.

Für den angebotenen Kaufpreis EUR werden folgende preisliche Leistungspunkte vergeben:



## Wertungsformel für das Zuschlagskriterium „Preis“

Der Preis fließt mit **maximal 500,00 preislichen Leistungspunkten (P)** in die Gesamtwertung ein.

Das Angebot mit dem höchsten angebotenen Kaufpreis erhält 500,00 preisliche Leistungspunkte. Angebote, die lediglich den vorgegebenen Mindestkaufpreis in Höhe von EUR 2.200.000,00 erreichen, erhalten 0,00 preisliche Leistungspunkte. Angebote mit einem Kaufpreis zwischen dem Mindestkaufpreis und dem höchsten angebotenen Kaufpreis werden linear interpoliert, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Die Bewertung erfolgt nach folgender Formel:

$$\text{Punkte} = ((\text{Angebotspreis minus Mindestkaufpreis}) / (\text{höchster angebotener Kaufpreis minus Mindestkaufpreis})) \times 500$$

Maximal können **500,00 preisliche Leistungspunkte (P)** erzielt werden. Angebote unterhalb des Mindestkaufpreises werden ausgeschlossen.

Maßgebend für den von dem Bieter angebotenen Kaufpreis EUR ist ausschließlich die **Anlage 803 „Preisblatt“**. Der Bieter hat die **Anlage 803 „Preisblatt“** vollständig auszufüllen und als Teil des Angebots einzureichen.

### 6.2.6. Weitere Informationen

#### ☒ **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

- ☐ Die Auftragsvergabe wird zumindest teilweise aus Mitteln der Europäischen Union finanziert

#### ☒ **Angaben zu KMU**

(Der Auftraggeber kreuzt hier nur dann an, wenn der gegenständliche Auftrag auch für Freiberufler, Selbständige oder Start-Ups besonders geeignet ist. Durch den Auftraggeber muss in diesem Fall nur eines der drei Kästchen angekreuzt werden)

- ☐ Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet



- ☐ Freiberufler
- ☐ Selbständige
- ☐ Start-Ups
- ☐ Sonstige KMU



### Angaben zu Optionen

Der Erwerber (Auftraggeber) behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben

Ja, unter Beachtung von § 132 GWB.



### Zusätzliche Angaben

--

## 6.3. Verfahren

### 6.3.1. Verfahrensart



#### Verfahrensart

Verfahrensart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
---------------	---

- ☐ Beschleunigtes Verfahren

Begründung für ein beschleunigtes Verfahren

--



#### Die wichtigsten Merkmale des Verfahrens

Die wichtigsten Merkmale des Verfahrens	
---	--



☒ **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

☒ Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen

**6.3.2. Besondere Methoden und Instrumente im Vergabeverfahren**

☒ **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

☒ Entfällt

Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier (4) Jahre übersteigt

--

Geplante Höchstzahl an Beteiligten an der Rahmenvereinbarung	
Geschätzter Höchstwert der Rahmenvereinbarungen in diesem Verfahren (Summe)	

☒ **Angaben zum dynamischen Beschaffungssystem**

☒ Entfällt

☒ **Angaben zur elektronischen Auktion**

☐ Es wird eine elektronische Auktion verwendet

**6.3.3. Angaben zur Wiederkehr von Aufträgen**

☐ Es handelt sich um die Vergabe wiederkehrender Aufträge

Beschreibung

--



#### 6.3.4. Begrenzung der Bieter

- ☒ Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden
- ☒ Es gibt eine Höchstzahl von Bewerbern, die für die zweite Phase des Verfahrens eingeladen werden

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber	3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber	5

#### 6.3.5. Strategische Auftragsvergabe

☒ **Strategische Auftragsvergabe**

- ☐ Verringerung der Auswirkung auf die Umwelt
- ☐ Innovative Beschaffung

☒ **Erfüllung sozialer Zielsetzung**

☒ **Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge**

- ☐ Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2009/33/EG

☒ **Energieeffizienz-Richtlinie**

- ☐ Die Energieeffizienz-Richtlinie (EED) findet Anwendung.

#### 6.3.6. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

- ☒ Einzelabrufe/Einzelaufträge/Bestellungen werden elektronisch erteilt
- ☒ Zahlungen werden elektronisch geleistet

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich



### 6.3.7. Auftragsunterlagen

Sprache in der die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind	<b>Deutsch</b>
--	----------------

### 6.3.8. Sonstiges / Weitere Angaben



#### Kommunikationskanal



Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind.

Bezeichnung des Kommunikationskanals

In der **Anlage 101** finden die interessierten Wirtschaftsteilnehmer notwendige Informationen zur Nutzung der E-Vergabepattform Deutsches Vergabeportal (DTVP).

Insbesondere weisen wir darauf hin, dass Erklärungen in den Bewerber- / Bieterbereich der E-Vergabepattform eingestellt werden. Dieser Bewerber-/ Bieterbereich wird für die Zustellung rechtserheblicher Erklärungen genutzt.

Die Vergabeunterlagen sind zu finden unter (URL):

**<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y1AMZ97>**



#### Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten



Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

§ 160 Abs. 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn (10) Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die E-Vergabepattform) der Information nach 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 GWB verstoßen hat oder
2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist,

und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

Gemäß § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalen-



dertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.



## Weitere Angaben



Der Erwerber (Auftraggeber) behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote (Erstangebote) ohne weitere Verhandlungen zu vergeben



## Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer	
-----------------------	--



## Zusätzliche Informationen

### 1. Bewerber- / Bietergemeinschaft

Im Falle der Bildung einer Bewerber- / Bietergemeinschaft, hat diese mit dem Teilnahmeantrag eine von dem vertretungsberechtigten Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft (1. Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft) unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und das für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages vertretungsberechtigte Mitglied bezeichnet ist,
- dass das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt ist, und
- dass alle Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft und (im Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften.





Die rechtlichen Anforderungen an die Bildung von Bewerber- / Bietergemeinschaften sind einzuhalten. Außerdem hat die Bewerber- / Bietergemeinschaft die Rechtsform anzugeben, die sie für die Erfüllung des Auftrages annehmen wird.

Die Bewerber- / Bietergemeinschaft hat für diese Erklärung die **Anlage 202 „Bewerber-\_Bietergemeinschaft“** zu verwenden.

Die Anlage ist von dem vertretungsberechtigten Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft als Bestandteil des Teilnahmeantrags ausgefüllt einzureichen.

## **2. Ausschlussgründe**

### **Zwingende Ausschlussgründe des § 123 Abs. 1 bis 3 GWB**

Eigenerklärung (gemäß § 123 Abs. 1 bis 3 GWB), dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt, oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, jeweils wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),



- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

## **Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung**

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).

## **Fakultative Ausschlussgründe des § 124 GWB**

Eigenerklärung (gemäß § 124 GWB), dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen nicht im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; dies gilt auch für Personen, die als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt haben,
- das Unternehmen nicht mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,



- keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen nicht
  - versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
  - fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Falls eine oder mehrere der oben aufgeführten Ausschlussgründe grundsätzlich erfüllt sind, hat das Unternehmen diejenigen Ausschlussgründe konkret zu benennen und außerdem Gründe darzulegen (wie beispielsweise Darlegung einer abgegebenen Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen oder Darlegung von Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB), warum er dennoch als geeignet anzusehen ist.

Der **Bewerber**, **jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft** und **jeder eignungsverleihende Unterauftragnehmer** hat für diese Erklärung die **Anlage 201 „Ausschlussgründe“** zu verwenden. Der **Bewerber** / das **vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat diese Anlage(n) ausgefüllt als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

Vor der Zuschlagserteilung überprüft der Auftraggeber, ob Gründe für den Ausschluss des **Unterauftragnehmers** vorliegen (§ 6e Abs. 1 VOB/A-EU). Dem Bieter / der Bietergemeinschaft wird es freigestellt, bereits bei Abgabe des Angebots die Erklärung der Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den **Unterauftragnehmer** einzureichen. Die Einreichung der Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den Unterauftragnehmer bei Abgabe des Angebots ist keine verbindliche Vorgabe.



### 3. Eignungsleihe

Beabsichtigt der **Bewerber / die Bewerbergemeinschaft** im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit oder Fachkunde die Kapazitäten **anderer Unternehmen** (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) in Anspruch zu nehmen, muss der **Bewerber / die Bewerbergemeinschaft** in dem Teilnahmeantrag **Art und Umfang** der Inanspruchnahme angeben, diese anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) benennen und nachweisen, dass ihm / ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel dieser Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende **vergaberechtliche Verpflichtungserklärung [Anlage 214]** dieser anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) im Sinne des § 6d EU Abs. 1 Satz 2 VOB/A vorlegt.

Unter „andere Unternehmen“ sind alle Unternehmen zu verstehen, die mit dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft rechtlich nicht identisch sind. Das betrifft auch konzernverbundene Unternehmen.

Zum gleichen Zeitpunkt hat der **Bewerber / die Bewerbergemeinschaft** die in diesen Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen (**Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise**) zum Beleg der Erfüllung der entsprechenden Eignungskriterien, hinsichtlich derer die Inanspruchnahme der Kapazitäten der anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) erfolgt, für diese anderen Unternehmen, sowie für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bezogen auf diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Ein **Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft** kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 6d EU Abs. 1 Satz 3 VOB/A oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt ein **Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft** die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so ist dies nur zulässig, soweit mit dem Teilnahmeantrag eine **gemeinsame Haftung** des



**Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft** und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe erklärt wird.

Der **Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat die **Anlage 204 „Eignungsleihe“** auszufüllen soweit eine Eignungsleihe in Anspruch genommen wird, und diese Anlage als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

## 6.4. Teilnahmeanträge

### 6.4.1. Anforderungen an Teilnahmeanträge / Angebote

#### ☒ Übermittlung der Teilnahmeanträge / Angebote

Zugelassene Wege der Übermittlung

☒ Elektronische über die E-Vergabepattform:

#### ☒ Anforderungen an die Form der elektronischen Übermittlung

☒ Textform

☐ Fortgeschrittene elektronische Signatur (freiwillig)

☐ Qualifizierte elektronische Signatur (freiwillig)

#### ☒ Eingabemöglichkeit für Preise innerhalb des Bietertools

☒ Die Eingabemöglichkeit für Unternehmen direkt im Bietertool sperren, so dass derartige Informationen ausschließlich in den entsprechenden Angebotsdokumenten angegeben werden können

#### ☒ Sprache(n), in der (denen) Teilnahmeanträge / Angebote eingereicht werden können

Erlaubte Sprache	Deutsch
------------------	---------



☒ **Varianten / Alternativangebote**

- ☐ Varianten / Alternativangebote (Nebenangebote) sind zulässig
- ☒ Varianten / Alternativangebote (Nebenangebote) sind **nicht** zulässig

☒ **Elektronische Kataloge**

Die Abgabe elektronischer Kataloge ist	<input type="checkbox"/> Erforderlich <input checked="" type="checkbox"/> <b><u>Nicht</u></b> zulässig <input type="checkbox"/> Zulässig
--	--

☒ **Mehrere Angebote pro Bieter**

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen	<input type="checkbox"/> Erforderlich <input type="checkbox"/> <b><u>Nicht</u></b> zulässig <input checked="" type="checkbox"/> Zulässig
---	--

## 6.4.2. Verwaltungsangaben

☒ **Bindefrist**

Dauer	<b>60</b>
Art der Dauer	<input type="checkbox"/> Jahre <input type="checkbox"/> Monate <input checked="" type="checkbox"/> (Kalender-)Tage <input type="checkbox"/> Wochen



## Bedingungen für die Öffnung der Teilnahmeanträge / Angebote

Ort	Auf der E-Vergabeplattform (Deutsches Vergabeportal (DTVP))
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren	Die Öffnung der <b>Teilnahmeanträge / Angebote</b> wird von mindestens zwei (2) Vertretern des öffentlichen Auftraggebers gemeinsam an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Teilnahmefrist / Angebotsfrist durchgeführt (vgl. § 14 EU Abs. 1 Satz 1 VOB/A). Bewerber / Bieter sind bei der Öffnung der Teilnahmeanträge / Angebote nicht zugelassen.



## Nachforderung

### Angabe zu fehlenden Unterlagen

- ☒ Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen.

Weitere Informationen

Mit dem zuvor stehenden Satz „Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen.“ ist gemeint, dass der Auftraggeber bestimmte „fehlende Bieterunterlagen“ (gemeint sind auch bestimmte fehlende Bewerberunterlagen) nicht nachfordern wird, wenn diese mit dem Teilnahmeantrag bzw. mit dem jeweiligen Angebot gefordert worden sind und fehlen.

Und zwar inhaltlich fehlerhafte (unternehmensbezogene als auch leistungsbezogene) Unterlagen und fehlende / unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, die die Bewertung der Teilnahmeanträge anhand der Auswahlkriterien (§ 3b EU Abs. 2 Nr. 3 Satz 2 VOB/A) betreffen, fehlende / unvollständige leistungsbezogene Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, sowie fehlende Produktangaben, werden nicht nachgefordert.

Dies bedeutet auch:

Der öffentliche Auftraggeber muss Bewerber und Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleich-



behandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen – insbesondere Erklärungen, Angaben oder Nachweise – nachzureichen oder zu vervollständigen, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen – insbesondere Erklärungen, Produkt- und sonstige Angaben oder Nachweise – nachzureichen oder zu vervollständigen (Nachforderung). Es sind nur Unterlagen nachzufordern, die bereits mit dem Angebot vorzulegen waren (vgl. § 16a EU Abs. 1 VOB/A).

Fehlende Preisangaben dürfen nicht nachgefordert werden. Angebote, die den Bestimmungen des § 13 EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A nicht entsprechen, sind auszuschließen. Dies gilt nicht für Angebote, bei denen lediglich in unwesentlichen Positionen die Angabe des Preises fehlt und sowohl durch die Außerachtlassung dieser Positionen der Wettbewerb und die Wertungsreihenfolge nicht beeinträchtigt werden als auch bei Wertung dieser Positionen mit dem jeweils höchsten Wettbewerbspreis. Hierbei wird nur auf den Preis ohne Berücksichtigung etwaiger Nebenangebote abgestellt. Der öffentliche Auftraggeber fordert Bewerber und Bieter nach Maßgabe von § 16a EU Abs. 1 VOB/A auf, die fehlenden Preispositionen zu ergänzen (vgl. § 16a EU Abs. 2 VOB/A).

Die Unterlagen oder fehlenden Preisangaben sind vom Bewerber und Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. Die Frist soll sechs Kalendertage nicht überschreiten (§ 16a EU Abs. 4 VOB/A).

## 6.5. Bedingungen

### 6.5.1. Ausschlussgründe

Auswahl der Ausschlussgründe	Beschreibung
<input type="checkbox"/> Rein nationale Ausschlussgründe	
<input checked="" type="checkbox"/> Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren	Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an





	<p>einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>über das Vermögen des Unternehmens ein der Insolvenz vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 3, 4 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Bestechlichkeit, Vorteils- gewährung und Beste- chung	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unter- nehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabever- fahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, de- ren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ord- nungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen) (§ 123 Abs. 1 Nr. 6 GWB),</li> <li>§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung) (§ 123 Abs. 1 Nr. 7 GWB),</li> <li>den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in</li> </ul>



	<p>Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete) (§ 123 Abs. 1 Nr. 8 GWB),</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) (§ 123 Abs. 1 Nr. 9 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Bildung krimineller Vereinigungen	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) (§ 123 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1, 3 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Wettbewerbs-beschränkende Vereinbarungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit</li> </ul>



	<p>anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).</p>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umweltrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>§ 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche) (§ 123 Abs. 1 Nr. 3 GWB), und</li> <li>§ 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder</li> </ul>



	<p>Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen (§ 123 Abs. 1 Nr. 2 GWB).</p>
<input checked="" type="checkbox"/> Betrug oder Subventionsbetrug	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 4 GWB), und</li> <li>• § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 5 GWB).</li> </ul>



<input checked="" type="checkbox"/> Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung) (§ 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Zahlungsunfähigkeit	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen zahlungsunfähig ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 1 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124</li> </ul>



	Abs. 1 Nr. 1 Var. 3 GWB).
<input checked="" type="checkbox"/> Insolvenz	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 2 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB), oder</li> <li>das Unternehmen             <ul style="list-style-type: none"> <li>versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,</li> <li>versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen</li> </ul> </li> </ul>



	<p>könnte, oder</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Interessenkonflikt	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des</li> </ul>



	Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB).
<input checked="" type="checkbox"/> Schwere Verfehlung	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt</p>





	<p>des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende sozialrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>(1.) das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder</li> <li>(2.) die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können (§ 123 Abs. 4 Nr. 1 Alt. 3, Nr. 2 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Einstellen der beruflichen Tätigkeit	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 5, 6 GWB).</li> </ul>



<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• (1.) das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder</li><li>• (2.) die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können (§ 123 Abs. 4 Nr. 1 Alt. 1, 2, Nr. 2 GWB).</li></ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Bildung terroristischer Vereinigungen	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) (§ 123 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 GWB).</li></ul>



## 6.5.2. Teilnahmebedingungen



### Eignungskriterien / Ausschreibungsbedingungen

#### Art des (Eignungs-)Kriteriums:



Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung des Kriteriums	
Beschreibung des Kriteriums	



Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung des Kriteriums	
Beschreibung des Kriteriums	



Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung des Kriteriums	<b>Referenzen zu bestimmten Arbeiten</b>
Beschreibung des Kriteriums	<p>Der <b>Bewerber</b> hat mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:</p> <p><b>1. Mindestens ein (1) geeignetes unternehmensbezogenes Referenzprojekt</b> über früher ausgeführte Leistungen (schlüsselfertiger Bau, der die Vorgaben des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz – PflWoqG) oder vergleichbare Vorgaben zur der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung erfüllt) – „<b>unternehmensbezogenes Referenzprojekt Bau</b>“.</p> <p>Dieses unternehmensbezogene Referenzprojekt muss mindestens folgende <b>Mindestanforderungen</b> erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>schlüsselfertiger Bau;</b></li><li>• der die <b>Vorgaben des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und</b></li></ul>



	<p><b>bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz – PflWoqG [Anlage 911]) oder vergleichbare Vorgaben zur der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung erfüllt;</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• mit <b>mindestens 24</b> in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau <b>realisierten Pflegeplätzen</b>,</li> <li>• <b>Erbringungszeitraum</b> (<b>Abnahme</b> ist eingetreten zwischen dem <b>01.01.2016 bis zum Ablauf der Teilnahmefrist</b> in dem gegenständlichen Verfahren),</li> <li>• <b>Auftragswert (brutto)</b> [vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) des Referenznehmers in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau für die von dem Referenznehmer erbrachten Bauleistungen und ggf. Planungsleistungen] von <b>mindestens 3.000.000,- EUR (brutto)</b>;</li> </ul> <p>Der Bewerber hat je unternehmensbezogenem Referenzprojekt Bau in Form einer Liste Folgendes anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Name des Referenznehmers</b> (Name des Unternehmens, das den Referenzauftrag ausgeführt hat);</li> <li>• <b>Projektbezeichnung</b> der früher ausgeführten Leistung unter Angabe zu den Mindestanforderungen <ul style="list-style-type: none"> <li>○ <b>schlüsselfertiger Bau</b>;</li> <li>○ Erfüllung der <b>Vorgaben des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz – PflWoqG, [Anlage 911]) oder vergleichbare Vorgaben zur der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung</b>; sowie</li> <li>○ <b>Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau realisierten Pflegeplätze (mindestens 24 Pflegeplätze)</b>;</li> </ul> </li> </ul>
--	---



	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ <b>Auftragswert (brutto)</b> (vereinnahmte Vergütung – EUR (brutto)) des Referenznehmers in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau für die von dem Referenznehmer erbrachten Bauleistungen und Planungsleistungen, mindestens 3.000.000,- EUR (brutto));</li> <li>○ <b>Erbringungszeitraum (Abnahme ist eingetreten)</b> zwischen dem <b>01.01.2016 bis zum Ablauf der Teilnahmefrist</b> in dem hier gegenständlichen Vergabeverfahren unter Angabe des Datums der eingetretenen Abnahme (TT.MM.JJJJ));</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Namens des Auftraggebers.</b></li> </ul> <p><b>2. Mindestens ein (1) geeignetes unternehmensbezogenes Referenzprojekt</b> über früher ausgeführte Leistungen (Betrieb Pflege und Unterbringung pflegebedürftiger Menschen) – „<b>unternehmensbezogenes Referenzprojekt Betrieb</b>“.</p> <p>Dieses unternehmensbezogene Referenzprojekt muss mindestens folgende Mindestanforderungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Betrieb Pflege und Unterbringung pflegebedürftiger Menschen;</b></li> <li>• mit <b>mindestens 24</b> in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb <b>vorhandenen Pflegeplätzen,</b></li> <li>• <b>Zeitraum des kontinuierlichen Betriebs (mindestens fünf (5) Jahre kontinuierlicher Betrieb</b> zwischen dem 01.01.2016 und dem Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge);</li> </ul> <p>Der Bewerber hat je unternehmensbezogenem Referenzprojekt Betrieb in Form einer Liste Folgendes anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Name des Referenznehmers</b> (Name des Unternehmens, das den Referenzauftrag ausgeführt hat);</li> </ul>
--	---



	<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Projektbezeichnung</b> der früher ausgeführten Leistung unter Angabe zu den folgenden Mindestanforderungen<ul style="list-style-type: none"><li>○ <b>Betrieb Pflege und Unterbringung pflegebedürftiger Menschen;</b></li><li>○ <b>Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb vorhandenen Pflegeplätze</b> (mindestens 24 Pflegeplätze),</li><li>○ <b>Zeitraum des kontinuierlichen Betriebs (mindestens fünf (5) Jahre kontinuierlicher Betrieb</b> zwischen dem 01.01.2016 und dem Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge);</li></ul></li></ul> <p>Für den Zeitraum des kontinuierlichen Betriebs ist anzugeben ein Datum für den Beginn (TT.MM.JJJJ) und das Ende (TT.MM.JJJJ) des Betriebs.</p> <p>Sollte der Betrieb zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge noch nicht beendet sein, ist bei dem Ende des Betriebs anzukreuzen „länger als die hier gegenständliche Teilnahmefrist laufend“.</p> <p>Der Beginn (TT.MM.JJJJ) des Betriebs des angegebenen Referenzprojekts kann dabei auch vor dem 01.01.2016 liegen.</p> <p>Anzugeben ist ferner, dass mindestens fünf (5) Jahre kontinuierlicher Betrieb zwischen dem 01.01.2016 und dem Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge erbracht wurde.</p> <p>Je unternehmensbezogenem Referenzprojekt Bau bzw. Betrieb sind zwei (2) zusätzliche Projektblätter (also maximal zwei (2) einseitig bedruckte DIN-A4-Seiten), die Fotos sowie eine Darstellung des Referenzprojektes beinhalten, gestattet. <b>Diese Projektblätter sind rein informatorischer Natur.</b> Sie werden bei der Prü-</p>
--	--



fung der unternehmensbezogenen Referenzprojekte nicht berücksichtigt. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus unternehmensbezogene Referenzprojekte benannt werden (zum Beispiel auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder Ähnlichem), werden diese nicht berücksichtigt.

Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch Referenzen berücksichtigt werden, die mehr als fünf (5) Jahre zurückliegen (vgl. § 6a EU Nr. 3 lit. A VOB/A), weil der Zeitraum vom **01.01.2016** bis zum Ablauf der Teilnahmefrist mehr als 60 Monate 0 Tage beträgt. Dadurch soll ein ausreichender Wettbewerb sichergestellt werden, insbesondere weil die Bewerber und der Auftraggeber hierdurch dasselbe Verständnis von dem maßgeblichen Erbringungszeitraum haben.

Kann ein Bewerber nicht mindestens **ein (1) unternehmensbezogenes Referenzprojekt Bau** und **ein (1) unternehmensbezogenes Referenzprojekt Betrieb** angeben, die jeweils die aufgestellten Anforderungen erfüllen, führt das **zum Ausschluss des Teilnahmeantrags**.

Bei Bewerbungsgemeinschaften sind **in Summe mindestens ein (1) unternehmensbezogenes Referenzprojekt Bau** und **ein (1) unternehmensbezogenes Referenzprojekt Betrieb** anzugeben; außerdem muss klar erkennbar sein, welche Leistungen in welchem Referenzprojekt welches Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft erbracht hat. Ausschließlich diejenigen unternehmensbezogenen Referenzprojekte der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden der Bewerbungsgemeinschaft zugerechnet.

### 3. Ordnungsgemäße Informationen

Eine Übermittlung fahrlässig oder vorsätzlich irreführender Informationen kann ausweislich § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zum Ausschluss von Vergabeverfahren durch öffentliche Auftraggeber führen.

### 4. Hinweis



Die vorstehenden Anforderungen sind Mindestanforderungen an die unternehmensbezogenen Referenzprojekte.

Der Bewerber, die Bewerbergemeinschaft und soweit relevant der eignungsverleihende Unterauftragnehmer hat für diese Erklärung die **Anlage 206 „Unternehmensbezogene Referenzprojekte“** zu verwenden.

Der **Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat diese Anlage als Bestandteil des Teilnahmeantrags ausgefüllt einzureichen.

## 5. Auswahlkriterium

Soweit mehr als die Mindestzahl von drei (3) geeigneten Bewerbern einen Teilnahmeantrag eingereicht haben, wird der Auftraggeber die Auswahl der Bewerber, die als Bieter zur Angebots- und Verhandlungsphase zugelassen werden, anhand nachfolgender **Auswahlkriterien** vornehmen:

- **Unternehmensbezogenes Referenzprojekt Bau**

Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand der **Anzahl** der in dem **angegebenen unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau realisierten Pflegeplätze (1.)** und anhand des **Auftragswerts (brutto)** [vereinnahmte Vergütung – EUR (brutto) des Referenznehmers **in dem angegebenen unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau** für die von dem Referenznehmer erbrachten Bauleistungen und Planungsleistungen] **(2.)** wie folgt:

1. Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau realisierten Pflegeplätze	Punkte
> = 80	5 Punkte
= 24	0 Punkte
< 24	Kein geeignetes Referenzprojekt





Soweit die Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau realisierten Pflegeplätze zwischen 24 und 80 liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Beispiel:

Bei einer Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau realisierten Pflegeplätze von beispielsweise 52, erhält der Bewerber 2,50 Punkte.

<b>2. Auftragswert (brutto)</b> [vereinnahmte Vergütung – EUR (brutto) des Referenznehmers in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau für die von dem Referenznehmer erbrachten Bauleistungen und Planungsleistungen]	Punkte
>= 33 Mio. EUR	5 Punkte
= 3 Mio. EUR	0 Punkte
< 3 Mio. EUR	Kein geeignetes Referenzprojekt

Soweit der Auftragswert zwischen 3 Mio. EUR (brutto) und 33 Mio. EUR (brutto) liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Beispiel:

Bei einem Auftragswert in Höhe von 18 Mio. EUR (brutto) erhält der Bewerber 2,50 Punkte.

Die erzielten Punkte für die **Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau realisierten Pflegeplätze** (1.) und den **Auftragswert (brutto)** (2.) werden addiert. Bei einem **unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau** kann der Bewerber somit **maximal 10,00 Punkte** (5 + 5) erzielen.



- **Unternehmensbezogenes Referenzprojekt Betrieb**

Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand der **Anzahl** der in dem **angegebenen unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb vorhandenen Pflegeplätze (1.)** und anhand des **Zeitraums des kontinuierlichen Betriebs** des angegebenen unternehmensbezogenen Referenzprojekts Betrieb (2.) wie folgt:

1. Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb vorhandenen Pflegeplätze	Punkte
> = 80	5 Punkte
= 24	0 Punkte
< 24	Kein geeignetes Referenzprojekt

Soweit die Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb vorhandenen Pflegeplätze zwischen 24 und 80 liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Beispiel:

Bei einer Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt vorhandenen Pflegeplätze von beispielsweise 52, erhält der Bewerber 2,50 Punkte.

2. Zeitraum des kontinuierlichen Betriebs	Punkte
>= 10 Jahre	5 Punkte
= 5 Jahre	0 Punkte
< 5 Jahre	Kein geeignetes Referenzprojekt



Soweit der Zeitraum des kontinuierlichen Betriebs zwischen 5 und 10 liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Beispiel:

Bei einem Zeitraum von 7 Jahren und 6 Monaten erhält der Bewerber 2,50 Punkte.

Die erzielten Punkte für die **Anzahl der in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb vorhandenen Pflegeplätze (1.)** und für den **Zeitraum des kontinuierlichen Betriebs des angegebenen unternehmensbezogenen Referenzprojekts Betrieb (2.)** werden addiert. Bei maximal einem **unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb** kann der Bewerber somit **maximal 10,00 Punkte** ( $5 + 5$ ) erzielen.

Für den Fall, dass mit dem Teilnahmeantrag mehr als ein (1) unternehmensbezogenes Referenzprojekt Bau und / oder mehr als ein (1) unternehmensbezogenes Referenzprojekt Betrieb eingereicht werden, wird jeweils das chronologisch erste geeignete unternehmensbezogene Referenzprojekte Bau bzw. Betrieb gewertet.

Die erzielten Punkte für das unternehmensbezogenen Referenzprojekt Bau und für das unternehmensbezogenen Referenzprojekt Betrieb werden addiert. Je eingereichtem unternehmensbezogenen Referenzprojekt können maximal 10,00 Punkte ( $5 + 5$ ) erzielt werden. Bei einem (1) unternehmensbezogenen Referenzprojekte Bau und einem (1) unternehmensbezogenen Referenzprojekte Betrieb kann der Bewerber somit maximal 20,00 Punkte ( $2 \times (5 + 5)$ ) erzielen.



	<p>Eine Übermittlung fahrlässig oder vorsätzlich irreführender Informationen kann ausweislich § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zum Ausschluss von Vergabeverfahren durch öffentliche Auftraggeber führen.</p> <p>Für den Fall, dass nach Auswertung der Teilnahmeanträge anhand der vorstehenden Auswahlmethode mehrere Bewerber / Bewerbungsgemeinschaften mit Punktgleichheit auf einem der hinteren Ränge liegen und der Auftraggeber die maximale Anzahl von fünf (5) Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern möchte, entscheidet das Los unter indirekter notarieller Aufsicht, welcher dieser Bewerber / welche dieser Bewerbungsgemeinschaften zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert wird, damit die Höchstzahl von fünf (5) Bietern nicht überschritten wird.</p> <p>Gibt es mehr als die Mindestzahl an Bewerbern, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die einen formal ordnungsgemäßen und den Mindestanforderungen entsprechenden (geeigneten) Teilnahmeantrag eingereicht haben, behält sich der Auftraggeber aus Gründen des Wettbewerbs vor, mehr als die geplante Mindestzahl an Bewerbern zu der Angebots- und Verhandlungsphase zuzulassen.</p> <p>Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der Mindestzahl von <b>drei (3)</b> liegt, behält sich der Auftraggeber vor, das Vergabeverfahren fortzuführen, indem er die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen und die aufgestellten Mindestanforderungen erfüllen (vgl. § 3b EU Abs. 3 Nr. 3 VOB/A in Verbindung mit § 3b EU Abs. 2 Nr. 3 Satz 6 VOB/A).</p>
--	--

## Gewichtung für den Zugang zur nächsten Stufe

- ☒ Dieses Kriterium wird für die Auswahl der Bewerber für die zweite Stufe verwendet

Art der Gewichtung:	<input type="checkbox"/> Gewichtung (dezimal, genau)
	Dezimalpunkte:
	<input type="checkbox"/> Gewichtung (dezimal, Mittelwert)



	Dezimalpunkte:
	<input type="checkbox"/> Gewichtung (Prozentanteil, genau)
	Prozentpunkte:
	<input type="checkbox"/> Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert)
	Prozentpunkte:
	<input type="checkbox"/> Gewichtung (Punkte, genau)
	Punkte:
	<input type="checkbox"/> Gewichtung (Punkte, Mittelwert)
	Punkte:
	<input type="checkbox"/> Höchstanzahl erfolgreicher Angebote
	Anzahl:
	<input type="checkbox"/> Mindestpunktzahl
	Anzahl:
	<input checked="" type="checkbox"/> Rangfolge
Rangfolge:	
<b>20</b>	
(Es handelt sich hierbei um die maximal zu erreichende Punktzahl)	



## Finanzierung

Finanzielle Vereinbarung	
--------------------------	--



- ☐ Eine Sicherheitsleistung ist erforderlich

Beschreibung der finanziellen Sicherheit



## Rechtsform des Bieters

- ☐ Eine bestimmte Rechtsform muss von einer Bietergruppe angenommen werden, die einen Auftrag erhält.

### 6.5.3. Bedingungen für den Auftrag



## Bedingungen für den Auftrag

<input checked="" type="checkbox"/> Bedingungen für die Ausführung des Auftrags	<p><b>1. Vertrag</b></p> <p>Über die auftragsgegenständlichen Leistungen wird ein <b>Vertrag [Anlage 907]</b> geschlossen.</p> <p>Der Auftragnehmer hat die Vertragsbestandteile mit der Sachkunde eines erfahrenen <b>Unternehmens</b> sorgfältig auf Widersprüche, Lücken, Fehler, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und den Auftraggeber auf solche unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Dabei stimmen die Vertragsparteien überein, dass diese Verpflichtung auch bereits in dem Stadium der Vertragsanbahnung (also im Vergabeverfahren) für den interessierten Wirtschaftsteilnehmer gegolten hat.</p> <p><b>2. Mindestanforderungen an die Leistungserbringung</b></p> <p>Als Mindestanforderungen an die Leistungserbringung, welche nicht verhandelbar ist, wird festgelegt, dass die Abwicklung des Auftrags in <b>Deutsch</b> zu erfolgen hat.</p>
---	---



	<h3>3. Datenschutz</h3> <h4>3.1 Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten</h4> <p>Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• zum Bereitstellen von Vergabeunterlagen;</li><li>• zur Beantwortung von Bieterfragen;</li><li>• zur Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen;</li><li>• zur Abfrage und Überprüfung der Eignung, Fachkunde und Leistungsfähigkeit;</li><li>• zum Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen;</li><li>• zur Aufnahme und Pflege der Bieterkartei (Fachabteilung);</li><li>• zu Dokumentationszwecken;</li><li>• zur Durchführung in der Vertrags- bzw. Bestellabwicklung;</li><li>• zu Kommunikationszwecken.</li></ul> <p>Die Datenerhebung ist notwendig zur Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Abwicklung des Vertragsverhältnisses. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b und lit. c DSGVO erhoben.</p> <h4>3.2 Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten</h4> <p>Ihre personenbezogenen Daten werden - soweit dies erforderlich ist - weitergegeben an</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem.</li></ul>
--	---



	<p>§ 150a Gewerbeordnung</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen</li><li>• beauftragte externe Dienstleister (z. B. Projektsteuerer, Planungs- bzw. Ingenieurbüros, Ausschreibungsdienstleister, u. ä.)</li><li>• Teilnehmer von Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen</li><li>• die Fachabteilung zur Prüfung der eingegangenen Angebote und Erteilung des Zuschlags</li><li>• an die zuständige Nachprüfungsstelle, Vergabekammer bzw. Rechtsanwälte / Gerichte im Falle von Rechtsstreitigkeiten.</li></ul> <p>Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland/eine internationale Organisation zu übermitteln.</p> <p><b>3.3 Dauer der Speicherung</b></p> <p>Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Die Aufbewahrungsdauer von Vergabeunterlagen beträgt 10 Jahre.</p> <p><b>3.4 Betroffenenrechte</b></p> <p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).</li><li>b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten</li></ul>
--	--





	<p>(Artikel 16 DS-GVO).</p> <p>c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.</p> <p>Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.</p> <p>d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des/der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).</p> <p>Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.</p> <p>e) Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Artikel 21 DSGVO).</p>
--	--



Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann möglicherweise das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt und / oder der Vertrag nicht abgewickelt werden.

### 3.5 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der **Aufsichtsbehörde** wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

#### **Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD) Prof. Dr. Thomas Petri**

Wagmüllerstr. 18

80538 München

Telefon: +49 89 212672-0

E-Mail: [poststelle@datenschutz-bayern.de](mailto:poststelle@datenschutz-bayern.de)

Website: [www.datenschutz-bayern.de](http://www.datenschutz-bayern.de)

#### **Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:**

##### **Markt Höchberg**

Hauptstraße 58

97204 Höchberg

Telefon: 0931 497070

E-Mail: [vergabe@hoechberg.de](mailto:vergabe@hoechberg.de)

Internet: [www.hoechberg.de](http://www.hoechberg.de)

Der **Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen** ist:

actago GmbH

Weidenstraße 66

94405 Landau an der Isar

Telefon: +49 9951 – 99990-20

E-Mail: [datenschutz@actago.de](mailto:datenschutz@actago.de)



#### 4. Unterauftragnehmer / Nachunternehmer

Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat bei Angebotsabgabe die Teile des Auftrags, die er / sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigt, zu benennen.

Der Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft hat in diesem Fall die **Anlage 303 „Unterauftragsvergabe“** vollständig auszufüllen und als Bestandteil des Angebots einzureichen.

Vor Zuschlagserteilung kann der öffentliche Auftraggeber von den Bietern / den Bietergemeinschaften, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen (vgl. § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV).

#### 5. Erklärung Bezug Russland

Entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2025/2033 vom 23. Oktober 2025 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat für diese Ei-



	<p>generklärung die <b>Anlage 327 „Erklärung_Bezug_Russland“</b> zu verwenden.</p> <p>Der <b>Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft</b> hat diese Anlage ausgefüllt als Bestandteil des Angebots einzureichen.</p>



#### Angaben zu geschützten Beschäftigungsverhältnissen

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht bekannt
---	--



#### Angaben zur reservierten Teilnahme

- ☐ Die Teilnahme ist Organisationen vorbehalten, die zur Erfüllung von **Gemeinwohlaufgaben** tätig werden und andere einschlägige Bestimmungen der Rechtsvorschriften erfüllen
- ☐ Die Teilnahme ist geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern, die auf die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder benachteiligten Personen abzielen, vorbehalten



#### Angaben zur beruflichen Qualifikation

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben	<input type="checkbox"/> Erforderlich für das Angebot <input type="checkbox"/> Erforderlich für den Teilnahmeantrag <input checked="" type="checkbox"/> Nicht erforderlich <input type="checkbox"/> Noch nicht bekannt
--	---



--	--



**Angaben zur reservierten Teilnahme**

<input type="checkbox"/> Frist für die Erlangung der Sicherheitsüberprüfung	____.____.____
---	----------------

**6.6. Lose**



Keine Losaufteilung



Losaufteilung wie folgt:

**7. Vergabeunterlagen**

**7.1. Anschreiben**

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

**7.2. Leistungsbeschreibungen**

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

**7.3. Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente**

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

**7.4. Vertragsbedingungen**

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

**7.5. Sonstiges**

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

**8. Kommunikation**

**8.1. E-Vergabe – Weitere Informationen**

In der „**Verfahrensbeschreibung DTVP**“ [Anlage 101] finden die **Unternehmen** notwendige Informationen zur Nutzung der E-Vergabepattform.



Insbesondere weisen wir darauf hin, dass Erklärungen in den Bewerber- und Bieterbereich der E-Vergabepattform eingestellt werden.

Dieser Bewerber- und Bieterbereich wird für die Zustellung rechtserheblicher Erklärungen genutzt.

Es wird dringend empfohlen, sich mit den technischen Anforderungen rechtzeitig vertraut zu machen, um Probleme mit der Einreichung der Angebote, beispielsweise aufgrund der Einstellungen der eigenen Firewall des **Unternehmens**, zu vermeiden. Die Sicherstellung der fristgerechten Einreichung des Angebots fällt in den Verantwortungsbereich des **Unternehmens**.

## 8.2. Sonstige Kommunikation

Die Kommunikation zwischen Vergabestelle und den Bewerbern / Bietern (beispielsweise ein Aufklärungsbegehren der Vergabestelle an einen Bewerber / Bieter oder die entsprechende Antwort auf ein Aufklärungsbegehren von dem jeweiligen Bewerber / Bieter an die Vergabestelle) erfolgt mittels direkter Nachricht über die Kommunikationsfunktion in dem Projektraum der E-Vergabepattform.

## 8.3. Abgabe der Angebote

Die Teilnahmeanträge / die Angebote sind einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen **ausschließlich in elektronischer Form** auf der E-Vergabepattform einzureichen.

Die Teilnahmeanträge / Angebote sind wie vorgegeben zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der **Teilnahme- / Angebotsfrist** über die E-Vergabepattform zu übermitteln. Bei elektronischer Übermittlung in Textform sind das Unternehmen und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen. Werden Anlagen mit Unterschrift versehen, genügt auch hier für die Unterschrift die **Textform** gemäß § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Die Eintragung von Vornamen und Nachnamen der erklärenden Person sind daher ausreichend.

Hat ein Bewerber / Bieter vor Ablauf der relevanten Frist (Teilnahmefrist / Angebotsfrist) einen Teilnahmeantrag / ein Angebot über die E-Vergabepattform hochgeladen und möchte der Bewerber diesen Teilnahmeantrag / der Bieter dieses Angebot vor Ablauf der relevanten Frist gegen einen neuen Teilnahmeantrag / ein neues Angebot austauschen, zum Teil ergänzen oder bearbeiten und / oder zurückziehen, so ist Folgendes zu beachten:



- Bereits hochgeladene Teilnahmeanträge / Angebote können aus technischen Gründen nicht um weitere Unterlagen ergänzt werden. Ebenso ist es aus technischen Gründen nicht möglich, dass bereits auf der E-Vergabepattform hochgeladene Unterlagen im Nachhinein bearbeitet werden.
- Es besteht jedoch technisch die Möglichkeit, dass der Bewerber / Bieter bis zum Fristablauf einen weiteren vollständigen Teilnahmeantrag / ein weiteres vollständiges Angebot hochlädt.

In diesem Fall sollte der Bewerber / Bieter zuvor hochgeladene Teilnahmeanträge / Angebote über die E-Vergabepattform zurückziehen.

Für den Fall, dass nach Ablauf der relevanten Frist mehrere Teilnahmeanträge / Angebote eines Bewerbers / Bieters eingegangen sind und der Bewerber / Bieter auch nicht per Nachricht über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabepattform zuvor eingegangene Teilnahmeanträge / Angebote zurückgezogen hat, bezieht der Auftraggeber in die Wertung der Teilnahmeanträge / Angebote nur den Teilnahmeantrag / das Angebot des Bewerbers / Bieters ein mit dem hinsichtlich des relevanten Fristablaufs zeitlich jüngsten Eingangsdatum (Datum und Uhrzeit), wie es die E-Vergabepattform dokumentiert hat. Zuvor eingegangene zeitlich ältere Teilnahmeanträge / Angebote desselben Bewerbers / Bieters gelten automatisch als zurückgenommen.

Die Teilnahmeanträge / Angebote müssen zwingend über die auf der E-Vergabepattform vorgesehene Funktion zur Abgabe des Teilnahmeantrags / des Angebots eingereicht werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Teilnahmeanträge / Angebote verschlüsselt werden und somit kein vorfristiger Zugriff durch den Auftraggeber möglich ist. Teilnahmeanträge / Angebote die unverschlüsselt, beispielsweise über die Bieterkommunikation, eingereicht werden, müssen ausgeschlossen werden.

Eine Übermittlung der Teilnahmeanträge / der Angebote per Post, Kurier, direkt, anderweitig elektronisch (bspw. per E-Mail) oder fernschriftlich ist **nicht** zugelassen. Die Teilnahmeanträge / Angebote müssen vollständig sein. Für die Teilnahmeanträge / Angebote sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Anlagen – **in der jeweils aktuellen Version** – zu verwenden. Das Einreichen einer veralteten Versionen der Anlage(n) kann zum Ausschluss führen.

Bewerber / Bieter dürfen bei der Öffnung der Teilnahmeanträge / Angebote nicht anwesend sein (vgl. § 14 EU Abs. 1 Satz 1 VOB/A).



## 8.4. Anlagen des Auftraggebers

Es sind diejenigen Anlagen zu verwenden und mit dem Teilnahmeantrag / Angebot einzureichen, welche dem Vergabeleitfaden beigelegt sind.

## 8.5. Gewerbliche Schutzrechte

Der Bieter hat in seinem Angebot anzugeben, wenn für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind. Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwenden, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

## 8.6. Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber wird gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (WRegG) für Bieter, die den Zuschlag erhalten sollen, vor Erteilung des Zuschlags bei der Registerbehörde abfragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter gespeichert sind.

## 8.7. Statistische Abfragen

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelförderungsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren.

Der Auftraggeber fragt daher rein informatorisch mittels der freiwillig auszufüllenden **Anlage 302 „Informatorischer Abfragebogen“** von dem Bieter ab,

- die offizielle Bezeichnung des Unternehmens;
- die nationale Identifikationsnummer des Unternehmens ;
- die Größe des Unternehmens, das heißt, ob das Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines, mittleres Unternehmen oder Großunternehmen im Sinne der „Empfehlung 2003/361/EG“ [Anlage 103] erfüllt;
- die Hauptadresse (URL) des Unternehmens;
- Postanschrift, Postleitzahl, Ort und Land des Sitz des Unternehmens;
- welcher NUTS-Code dem Sitz des Unternehmens entspricht;
- die E-Mail-Adresse des Unternehmens;
- die Telefonnummer des Unternehmens;





- die Faxnummer des Unternehmens [sofern vorhanden];
- ob das Unternehmen börsennotiert ist; und
- die Staatsangehörigkeit(en) des / der Eigentümer(s).

Die Erhebung dieser Daten wird je nach Bedarf benötigt für die EU-Vergabebekanntmachung als auch für die Vergabestatistikmeldung. Die Angaben des Bieters zu dieser Abfrage haben keine Auswirkung auf die Prüfung der Angebote.

## 8.8. Sicherstellung des Wettbewerbs

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die Bewerber / Bieter haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird der Auftraggeber von den Bewerbern / Bieter den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Kann ein Bewerber / Bieter diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

## 8.9. Vertraulichkeit und Geheimhaltung

Die Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln. Das darin enthaltene Knowhow gehört einem externen Berater. **Die Vergabeunterlagen nebst allen Anlagen sind urheberrechtlich © geschützt.** Sie dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – und jede Nutzung für andere Zwecke – beispielsweise für andere Vergabeverfahren – sind ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung der Berechtigten nicht gestattet.

Wird kein Teilnahmeantrag / Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Die Nichtbeachtung der Vertraulichkeitsanforderungen hat – unbeschadet weiterer Folgen – zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Bewerbers / Bieters, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen des Auftraggebers.



Die Bewerber / Bieter haben in ihren Teilnahmeanträgen und in ihren Angeboten diejenigen Stellen zu bezeichnen oder zu markieren, die dem **Geheimchutz** im Sinne des § 165 Abs. 2 GWB unterfallen. Soweit die Unterlagen keine entsprechende Kennzeichnung enthalten, wird davon ausgegangen, dass sie keine Fabrikations-, Betriebs- und / oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

## 8.10. Beschaffung weiterer Informationen

Damit der Auftraggeber mit den Bewerbern / Bietern besser kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, sich – soweit nicht bereits geschehen – auf der E-Vergabeplattform freiwillig und kostenlos zu registrieren.

Durch die kostenfreie Registrierung vor dem Download der Vergabeunterlagen auf der E-Vergabeplattform nehmen die Bewerber / Bieter automatisch an der elektronischen Kommunikation teil.

Fragen an den Auftraggeber sind ausschließlich über die Kommunikationsfunktionsfunktion der E-Vergabeplattform zu richten.

Nach Fertigstellung der Teilnahmeanträge / Angebote können die Bewerber / Bieter diese nach erfolgter Registrierung medienbruchfrei und kostenlos auf der E-Vergabeplattform hochladen.

Änderungen oder Ergänzungen von Registrierungsangaben (beispielsweise die Änderung der E-Mail-Adresse) sind unverzüglich auf der angegebenen E-Vergabeplattform vorzunehmen.

Ab der erfolgten Registrierung informiert die angegebene E-Vergabeplattform die Bewerber / Bieter, die sich freiwillig registriert haben, ob neue beantwortete Bewerber- / Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zum Download auf der E-Vergabeplattform bereitgestellt wurden.

Hierzu erhalten die registrierten Bewerber / Bieter eine Information per E-Mail, dass auf der E-Vergabeplattform eine neue Information zum Verfahren eingestellt wurde.

Im Falle von Abwesenheitsmitteilungen eines registrierten Bewerbers / Bieters erfolgt kein erneuter Versand der Informationen, weder an dieselbe E-Mail-Adresse noch an irgendeine in der Abwesenheitsmitteilung angegebene E-Mail-Adresse.



Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist eine Registrierung zwar nicht erforderlich. Ohne eine solche Registrierung kann der öffentliche Auftraggeber die nicht registrierten Bewerber / Bieter über nachträgliche Informationen jedoch nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es den nicht registrierten Bewerbern / Bietern sich auf der E-Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen, wie beispielsweise über neue beantwortete Bewerber- / Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren. Diese Obliegenheit besteht bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge / Angebote.

Bewerber / Bieter sind gut beraten, **spätestens zwei (2) Arbeitstage** vor Ablauf der Teilnahmefrist / jeweiligen Angebotsfrist den Teilnahmeantrag / das Angebot rechtzeitig elektronisch über die E-Vergabeplattform einzureichen. Damit besteht im Falle von technischen Schwierigkeiten für die Bewerber / Bieter noch ausreichend Zeit, diese mit ihrer internen IT und / oder mit dem E-Vergabeplattform-Anbieter zu beheben. Beispielsweise könnten die **Dateinamen zu lang** oder die **Datei von der Datenmenge her zu groß** sein. **Außerdem wird dringend empfohlen, keine Umlaute und Sonderzeichen in der Dateibezeichnung zu verwenden.**

Zudem sind Bewerber / Bieter gut beraten, vor Abgabe des Teilnahmeantrags / Angebots im Downloadbereich der E-Vergabeplattform zu überprüfen, ob geänderte Unterlagen oder Anlagen eingestellt wurden.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „Holschuld“ des Bewerbers / Bieters besteht. Diese Obliegenheit besteht unabhängig von einer Registrierung.

## **8.11. Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen ändernde, ergänzende, berichtigende oder klarstellende Angaben behält sich der Auftraggeber in jeder Phase des Vergabeverfahrens vor.

## **8.12. Fragen / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen**

Der Bewerber / Bieter hat die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen zu überprüfen und fehlende Unterlagen beim Auftraggeber anzufordern.

Ergeben sich für den Bewerber / Bieter Fragen oder enthalten die Vergabeunterlagen Unklarheiten bzw. Fehler, so obliegt es dem Bewerber / Bieter gegenüber dem Auf-



traggeber unverzüglich, möglichst spätestens zu den von dem Auftraggeber in diesem Vergabeverfahren kommunizierten Fristen **ausschließlich** über die **E-Vergabeplattform** sich zu registrieren (falls noch nicht geschehen) und seine Fragen unter der Bezugnahme auf dieses Vergabeverfahren zu stellen und auf die Unklarheiten bzw. Fehler hinzuweisen.

Die Fragen sind mithilfe des **Fragen-Antworten-Katalogs [Anlage 104]** zu erstellen. Die Bewerber / Bieter haben darin klar anzugeben, auf welche **Kapitel** in dem **Vergabeleitfaden** und in der **Leistungsbeschreibung**, welche **Nummern** in dem **Vertrag** sowie auf welche **Seiten** in den **Anlagen** unter Angabe der Anlagennummer (Nr.) sich die jeweilige Frage bezieht.

**Anfragen außerhalb der E-Vergabeplattform werden inhaltlich nicht beantwortet und können zu dem Ausschluss des Unternehmens von der Teilnahme an Vergabeverfahren über einen Zeitraum von drei (3) Jahren führen, vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) in Verbindung mit § 126 Nr. 2 GWB.**

Der Auftraggeber stellt Antworten auf Fragen mittels der **Anlage 104 „Fragen-Antworten-Katalog“** im PDF-Format allen Bewerbern / Bietern zum Download in dem Projektraum der E-Vergabeplattform zur Verfügung.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bei fehlender Registrierung bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „Holschuld“ der Bewerber / Bieter besteht.

Im Falle von Widersprüchen in den in dem **Fragen-Antworten-Katalog [Anlage 104]** genannten Antworten des Auftraggebers gehen die Antworten mit einer höheren Nummerierung denjenigen Antworten mit einer niedrigeren Nummerierung vor.

## **9. Allgemeine Anforderungen an die Angebote**

Die Angebote haben die geforderten Angaben, Erklärungen und Preise vollständig zu enthalten und sind rechtzeitig ausschließlich über die E-Vergabeplattform einzureichen (vgl. § 13 EU Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 VOB/A).

## **10. Checkliste Teilnahmeantrag**

Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft wird / werden gebeten einen Teilnahmeantrag zu erarbeiten und diesen form- sowie fristgerecht ausschließlich über die



Vergabeplattform einzureichen. Hierzu ist auch die Anlage 200 „Anschreiben Teilnahmewettbewerb“ zu verwenden.

Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Bewerber / Bewerbergemeinschaften die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung und Wertung ihrer Teilnahmeanträge. Als **Anlage 105** ist eine „**Checkliste Teilnahmeantrag**“ beigefügt, die der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft entsprechend für sich abhaken kann, um sicherzustellen, dass der Teilnahmeantrag vollständig ist. Ein nicht vollständiger Teilnahmeantrag kann zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führen.

## 11. Checkliste Angebote

Mit dem Angebot übermitteln die Bieter / Bietergemeinschaften die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung und Wertung ihrer Angebote. Als **Anlage 106** ist eine „**Checkliste Angebote**“ beigefügt, die der Bieter / die Bietergemeinschaft entsprechend für sich abhaken kann, um sicherzustellen, dass sein / ihr Angebot vollständig ist. Ein nicht vollständiges Angebot kann zum Ausschluss des Angebots führen.

## 12. Verhandlungen

- ☒ Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten, wenn er sich in der Auftragsbekanntmachung diese Möglichkeit vorbehalten hat.
- ☒ Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern.

Der Bieter erklärt mit der Abgabe seines Erstangebots automatisch, dass er mit einer Zuschlagserteilung auf das von ihm eingereichte Erstangebot einverstanden ist, soweit dieses zuschlagsfähig ist (also insbesondere nicht von den Vergabeunterlagen abweicht). Alle von Bietern gemachten Verhandlungsvorschläge finden im Falle der Zuschlagserteilung auf das wirtschaftlichste Erstangebot keine Berücksichtigung.

Sollte ein Bieter nicht wollen, dass der Zuschlag auf dessen Erstangebot erteilt wird, weil er beispielsweise die Leistungen nur anbieten kann, falls Anforderungen während



des laufenden Verhandlungsverfahrens geändert werden, hat er mit seinem Erstangebot die **Anlage 325 „Kein Zuschlag auf das eigene Erstangebot“** unterzeichnet einzureichen.

Reicht ein Bieter ein Erstangebot ein, das

1. zuschlagsfähig ist (insbesondere nicht von den Vergabeunterlagen abweicht);
2. nach Wertung der Erstangebote auf Platz 1 liegt; und
3. hat dieser Bieter einer Erteilung des Zuschlags auf sein Erstangebot nicht widersprochen,

könnte der Auftraggeber auf ein solches Erstangebot den Zuschlag erteilen.

## 12.1. Verhandlungsvorschläge

Die Bieter werden angehalten, mit der Einreichung ihrer **indikativen Erstangebote** (und mit den indikativen Folgeangeboten) in der **Anlage 402 „Verhandlungsvorschläge“** Anregungen zu machen, über welche einzelnen Teile der Leistungsbeschreibung und der vertraglichen Regelungen eine Verhandlung aus ihrer Sicht sinnvoll erscheint (**Verhandlungsvorschläge**). Hierbei sollen die Bieter ihre Anregungen jeweils wie folgt gliedern:

1. Zitat der Regelung, über die eine Verhandlung erwünscht ist;
2. konkreter alternativer Formulierungsvorschlag für diese Regelung; und
3. Begründung, warum diese Regelung in diesem Sinne verhandelt werden soll und welche Vorteile durch eine etwaige Änderung für den Auftraggeber und den Auftragnehmer entstehen würden.

Soweit ein Bieter Verhandlungsvorschläge nicht mit diesen Angaben wie dargestellt gegliedert mit seinem indikativen Erstangebot (und mit den indikativen Folgeangeboten) einreicht, hat der Bieter keinen Anspruch darauf, dass der Verhandlungsvorschlag im Rahmen des Verhandlungstermins behandelt wird.

Soweit ein Verhandlungstermin stattfindet, wird insbesondere über die Leistungserbringung und über die Bedingungen des Vertrags verhandelt.

Die Verhandlungsgegenstände ergeben sich im Übrigen aus den Einladungsschreiben zu den Verhandlungsgesprächen.



Durch die Verhandlungsgespräche erhalten die Bieter insbesondere die Möglichkeit, die Angebote über eine Optimierung der Angaben zu den qualitativen Zuschlagskriterien und der Angaben zu dem preislichen Zuschlagskriterium inhaltlich zu verbessern und damit seine Zuschlagschancen zu erhöhen.

Bei der Abgabe der (verbindlichen) **endgültigen Angebote** sind **keine Verhandlungsvorschläge** mehr einzureichen. Solche Verhandlungsvorschläge haben für die endgültigen Angebote keine Relevanz und werden daher nicht berücksichtigt.

## 12.2. Angaben zu Leistungsanforderung „oder gleichwertig“

In der funktionalen Leistungsbeschreibung sind Teile der zu erbringenden Leistung mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ versehen. Soweit ein Bieter eine mit einem solchen Zusatz versehene geforderte technische Spezifikation oder Ausführung nur in einer gleichwertigen Weise erbringen kann, hat ein solcher Bieter wie folgt vorzugehen:

Der Bieter hat, mit der Einreichung seines **indikativen Erstangebots** (und mit dem indikativen Folgeangebot) in der **Anlage 403 „Vorschlag zu Leistungsanforderung oder gleichwertig“** Angaben zu machen, für welche einzelnen Anforderungen der funktionalen Leistungsbeschreibung mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ eine gleichwertige Ausführung aus seiner Sicht vorgesehen wird.

Hierbei soll ein solcher Bieter seine Angaben jeweils wie folgt gliedern:

1. Zitat der Leistungsanforderung mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ aus der Leistungsbeschreibung (Anlage 802), für die eine gleichwertige Ausführung vorgesehen ist;
2. konkrete Nennung und Beschreibung der gleichwertigen Ausführung der Leistungsanforderung, welche im Rahmen der funktionalen Leistungsbeschreibung gefordert wird;
3. Begründung, warum diese Leistungsanforderung in ihrer derzeitigen Form nicht eingehalten werden kann; und
4. Begründung, warum die betroffene Leistungsanforderung mit der gleichwertigen Ausführung eingehalten werden kann; für den Nachweis der Gleichwertigkeit können beispielsweise zusätzlich technische Datenblätter, Prüfberichte un-



abhängiger Stellen, Zertifikate oder sonstige geeignete Belege, aus denen hervorgeht, dass die angebotene Leistung den geforderten technischen Standards entspricht, eingereicht werden.

Soweit ein Bieter den Vorschlag nicht wie gefordert dargestellt und gegliedert mit seinem indikativen Erstangebot (und mit den indikativen Folgeangeboten) einreicht, hat der Bieter keinen Anspruch darauf, dass dieser Vorschlag zu der gleichwertigen Ausführung der Leistung von dem Auftraggeber geprüft und im Rahmen des Verhandlungstermins behandelt wird.

Mit Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote werden die Bieter über die Entscheidung des Auftraggebers informiert, ob die vorgeschlagene Ausführung der Leistung eine gleichwertige Ausführung der Leistung darstellt und die Anforderungen an die Leistung erfüllt.

Bei der Abgabe der (verbindlichen) **endgültigen Angebote** sind **keine Vorschläge** mehr einzureichen. Solche Vorschläge haben für die endgültigen Angebote keine Relevanz und werden daher nicht berücksichtigt.

### 12.3. Verhandlungstermine

Der Auftraggeber wird die Verhandlung in verschiedenen Phasen abwickeln – soweit er nicht von seinem Recht Gebrauch macht, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Erstangebot zu erteilen. Der Auftraggeber wird mindestens die **drei (3)** wirtschaftlichsten Bieter (bezogen auf das Erstangebot – und bei Bedarf bezogen auf das Folgeangebot) zu einem nach Wahl des Auftraggebers **digitalen** oder **Vor-Ort-Verhandlungstermin** einladen. Der Auftraggeber legt fest, für welches Zeitfenster er welchen Bieter jeweils einlädt.

An der jeweiligen Verhandlung sollen möglichst der **für die Erbringung der Planungs- und Bauleistungen vorgesehene hauptverantwortliche Mitarbeitende des Bieters** sowie der **für die Leistungserbringung vorgesehene Betreiber der Pflegeeinrichtung** mit einem ausgeglichenen Redeanteil teilnehmen.

Die Unterlagen der Angebotspräsentation müssen bereits mit dem indikativen Erstangebot vollständig (bspw. als PDF-Dokument) eingereicht werden und dürfen nicht mehr als 20 DIN-A4-Seiten bzw. 20 Folien (bspw. PPT) umfassen.

Bei Überschreitungen darf über Inhalte nach Ende der 20. Seite bzw. der 20. Folie nicht weiter präsentiert werden.





Die Verhandlung erstreckt sich auf einen Zeitraum von ca. **90 Minuten** und gliedert sich wie folgt:

1. Vorstellungsrunde und Einleitung (ca. 5 Min.);
2. Angebotspräsentation möglichst durch den für die Erbringung der Planungs- und Bauleistungen vorgesehenen hauptverantwortlichen Mitarbeitenden des Bieters sowie den für die Leistungserbringung vorgesehenen Betreiber der Pflegeeinrichtung mit ausgeglichenem Redeanteil unter Bezugnahme auf die bereits mit dem Erstangebot eingereichten Unterlagen der Angebotspräsentation (ca. 30 Min.);
3. Fragen des Auftraggebers (ca. 30 Min.);
4. Besprechung von Verhandlungsvorschlägen der Bieter (ca. 20 Min.); sämtliche etwaigen Änderungswünsche an dem Entwurf des Vertrags [Anlage 907] nebst Anlagen;
5. Verabschiedung (ca. 5 Min.).

Der Auftraggeber verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern.

Durch die Verhandlungsgespräche erhalten die Bieter insbesondere die Möglichkeit, ihre Angebote hinsichtlich der festgelegten Zuschlagskriterien für die Abgabe der endgültigen Angebote anzupassen, um eine höhere Qualität sowie Wirtschaftlichkeit und insoweit mehr (Bewertungs-)Punkte zu erhalten.

Außerdem können die Bieter durch die Verhandlungsvorschläge in Kombination mit den darauf aufbauenden Verhandlungsgesprächen auf den Auftraggeber einwirken mit dem Ziel, dass insbesondere die Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Bedingungen optimiert werden können.

Dies dient der Transparenz, weil die Zuschlagskriterien in aller Regel nicht verändert werden dürfen, sondern nur die Angebote durch die Bieter einerseits und zuvor die Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Regelungen durch den Auftraggeber andererseits.



Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden **mit Ausnahme der von dem Auftraggeber in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen an die Leistungserbringung, die Zuschlagskriterien und deren Gewichtung** (vgl. § 3b EU Abs. 3 Nr. 5 VOB/A).

Ausschließlich die Bieter, die an den Verhandlungsterminen teilgenommen haben, werden zur Abgabe eines endgültigen Angebots aufgefordert.



## 13. Anlagen

- Anlage 101 – Verfahrensbeschreibung DTVP
- Anlage 103 – Empfehlung 2003/361/EG
- Anlage 104 – Fragen-Antworten-Katalog
- Anlage 105 – Checkliste Teilnahmeanträge
- Anlage 106 – Checkliste Angebote
- Anlage 200 – Anschreiben Teilnahmewettbewerb
- Anlage 201 – Ausschlussgründe
- Anlage 202 – Bewerber-\_Bietergemeinschaft
- Anlage 204 – Eignungsleihe
- Anlage 206 – Unternehmensbezogene Referenzprojekte
- Anlage 214 – Vergaberechtliche Verpflichtungserklärung
- Anlage 302 – Informativischer Abfragebogen
- Anlage 303 – Unterauftragsvergabe
- Anlage 325 – Kein Zuschlag auf das eigene Erstangebot
- Anlage 327 – Erklärung Bezug Russland
- Anlage 402 – Verhandlungsvorschläge
- Anlage 802 – Leistungsbeschreibung
- Anlage 803 – Preisblatt
- Anlage 900 – (dieser) Vergabeleitfaden
- Anlage 907 – Vertrag
- Anlage 910 – Projektunterlagen
- Anlage 911 – Gesetz zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (PfleWoqG)